

Bedingungen und Ziele des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes: Sonderforschungsbereich 101 der Universität München. Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung. Teilprojekt C 1

Altmann, Norbert; Bechtle, Günter; Düll, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. - ISF München

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Altmann, N., Bechtle, G., & Düll, K. (1974). *Bedingungen und Ziele des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes: Sonderforschungsbereich 101 der Universität München. Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung. Teilprojekt C 1*. München: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. ISF München. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-101247>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher
Berufs- und Arbeitskräfteforschung

Sonderforschungsbereich 101 der Universität München
Projektbereich C:
Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e.V.

Teilprojekt C 1:

Team: Dr. Norbert Altmann, Günter Bechtle,
Klaus Düll

Bearbeitung: Günter Bechtle

*Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e.V.
8 München 40 · Jacob-Mier-Str. 9*

4402

München, Juli 1974

Teilprojekt C 1:

Bedingungen und Ziele
des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung - Überblick über den Gang der Argumentation	1
 Kapitel I: Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit und der Einsatz von Arbeitskraft	 6
1. Die Differenz zwischen der Wertschöpfung lebendiger Arbeit im Produktionsprozeß und der Identifizierung des gesellschaft- lichen Werts der Arbeitskraft	7
2. Bestimmung von Arbeitsformen durch die Gestaltung des Produktionsprozesses	12
 Kapitel II: Beziehungen zwischen Arbeitskräfteeinsatz und gesellschaftlichem Produktionsprozeß	 21
1. Neutralisierung von Voraussetzungen und Folgen der erweiterten Reproduktion durch das Einzelkapital	25
2. Kontingente Beziehungen im gesellschaftli- chen Produktionsprozeß und ihre Bewältigung durch die Gestaltung des Arbeitseinsatzes	28
a) Arbeitskraft und Technologie als "ela- stische Potenzen"	28
b) Kontingenz von Arbeitskräfteeinsatz und Beherrschung des Produktionsprozes- ses	31
3. Probleme in der Beziehung zwischen Produk- tionsprozeß und Arbeitskräfteeinsatz	39
 Kapitel III: Autonomie, Strategie, Betrieb	 43
1. Die Autonomie des Einzelkapitals beim Arbeitskräfteeinsatz	44
a) Bewältigung und Nutzung von Kontingenzen des gesellschaftlichen Produktionsprozes- ses (Autonomiethese)	44
b) Einzelkapitalistischer Beitrag zur gesell- schaftlichen Stabilisierung (Minimierungs- Maximierungs-These)	48

2. Einzelkapitalistische Strategien	52
a) Strategiebegriff	52
b) Ansatzpunkte von Strategie	55
(1) Differentielle Nutzung unterschiedlicher Kategorien von Arbeitskräften	56
(2) Gestaltung von Rekrutierung	58
(3) Gestaltung von Arbeitsanforderungen	59
(4) Sicherstellung von Austauschbarkeit von Arbeitskraft und ihr Einsatz nach beliebigen Bestimmungen	60
3. Der Betrieb als historische Form des Verhältnisses von Einzelkapital und Gesellschaft	61
Literaturverzeichnis	66

Problemstellung - Überblick über den Gang der Argumentation

Gemäß Projektantrag 1972 sollen "Arbeitsanforderungen ... insbesondere aus den Bedingungen und Zielen des Arbeitskräfteeinsatzes der Betriebe" erklärt werden (S. 197). Betriebliche Arbeitskräfteeinsatzpolitik soll dabei "einzelbetriebliche Verwertungsinteressen realisieren" (ebda.). Die Fragestellung im Projektantrag zielte darauf ab, "auf der Ebene der betrieblichen Entscheidungspolitik theoretisch zu fassen, wie der Betrieb, der über die Arbeitskraft konkret 'verfügt', sich mit den gesellschaftlich bedingten Veränderungen ihres Einsatzes auseinandersetzt. Die betrieblichen Prinzipien der Verwertung .. sollen dabei im Zusammenhang gesehen und theoretisch erfaßt werden" (a.a.O., S. 198). Wie auch im Antrag schon ausgeführt, fehlen hierzu erste theoretische Ansätze. Unsere Bemühungen in diesem Abschnitt des Projekts laufen darauf hinaus, einen theoretischen Ansatz zu skizzieren, mit dessen Hilfe betriebliches Verhalten, das auf den Einsatz, die Nutzung und die Gratifizierung von Arbeitskraft gerichtet ist, erklärt werden soll.

Heute würden wir nicht mehr von betrieblicher "Entscheidungspolitik" sprechen, auch nicht von "innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen", da unser Ansatz eher an objektiven Strukturbedingungen betrieblichen Handelns orientiert ist. Auch müssen die "gesellschaftlich bedingten Veränderungen" des Arbeitskräfteeinsatzes eher als Objekt und Ergebnis betrieblichen Einsatzes unter seinen Verwertungsbedingungen verstanden werden, denn als "externe" Bedingungen, die dem Betrieb determinierend oder konditionierend gegenüberstehen. Insofern sind die Formulierungen des Antrags als Ausdruck unseres damaligen Kenntnisstandes zu modifizieren.

Die Weiterarbeit wird vor allem analytisch orientiert sein müssen.

Die Konzentration auf die Ebene "Betrieb" legitimiert sich zunächst primär pragmatisch aus der Tatsache, daß Betriebe

den historischen Ort darstellen, an dem konkret die Verfügung über Arbeitskraft sich vollzieht. Dies wirft unmittelbar die Frage auf, wovon diese Bestimmungen, die konkreten Formen der Verfügung abhängen. Ziel des Ansatzes ist es, die Priorisierung des Betriebes primär theoretisch, durch den Bezug auf den Prozeß der Kapitalverwertung, zu legitimieren. Der Betrieb ist nämlich - so unsere Ausgangsthese - die historische Form, in der sich Einheit und Gegensatz zwischen den Erfordernissen der Kapitalverwertung und denen der Reproduktion von Gesellschaft ausdrücken. Bezogen auf den Einsatz von Arbeitskraft heißt dies, daß betriebliche Verfügungs-, Nutzungs-, Gratifizierungsformen den Wert des eingesetzten Kapitals erhalten und erhöhen sowie die qualifikatorische, physisch-psychische, soziale etc. Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen müssen.

Nun läßt sich jedoch von abstrakten Verwertungserfordernissen nicht unvermittelt auf betriebliche Bedingungen, Ziele und Formen des Arbeitskräfteeinsatzes schließen. Grund ist jedoch weniger die historisch-empirische Vielfalt der auf Betriebsebene wirksamen Faktoren dieses Einsatzes, die nicht aus einer auf Makroebene formulierten Theorie der Kapitalverwertung ableitbar sind, sondern das theoretisch-erkenntnistmäßige Problem, das sich aus einer ebenfalls zentralen, in dieser Arbeit formulierten These ergibt, wonach der Betrieb in theoretischer wie praktischer Hinsicht als Vermittlungsinstanz zwischen Einzelkapital und Gesellschaft zu begreifen ist, einer Instanz also, in der einzelkapitalistische Interessen und Voraussetzungen gesellschaftlicher Kapitalverwertung aufeinander bezogen sind. Betriebliches Verhalten gegenüber Arbeitskräfteeinsatz ist zentral aus diesem Vermittlungsprozeß zu erklären. Dieser kann nicht deterministisch-kausal gefaßt werden. Die Stellung des Einzelkapitals im gesellschaftlichen Produktionsprozeß steckt den Rahmen ab, in dem die Gestaltung der betrieblichen Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes erfolgt.

Ist also auf einer historischen Ebene "Betrieb" und "betriebliches Verhalten" als die konkrete Ausprägung der Beziehungen zwischen Einzelkapital und Gesellschaft und ist eine Stabilisierung dieser Beziehungen auf theoretischer Ebene nur zu erklären mit einem Konzept von Autonomie, das die "Schrankenlosigkeit" der Kapitalverwertung durch die Einzelkapitalien in ihren gesellschaftlichen "Grenzen" beinhaltet, so verbietet sich zwingend eine modellhafte Erklärung betrieblichen Verhaltens. Die durch den Betrieb vermittelte notwendige Dynamik und Offenheit der gesellschaftlichen Reproduktionsformen lassen jene Fragestellungen nach betrieblichem Verhalten als falsch erscheinen, die "Kapitalisten" (und damit auch betriebliches Verhalten) als bewußtlose Instrumente einer historisch gesetzmäßigen Entwicklung "des Kapitals" begreifen oder von ökonomisch normativen oder dezisionistischen Handlungsmodellen ausgehen.¹⁾

Grob skizziert versuchen wir, den Prozeß der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit im betrieblichen arbeitskräftebezogenen Verhalten, in der betrieblichen Nachfrage nach Arbeitskräften, der Gestaltung ihres Einsatzes in betrieblichen Produktionsprozessen, also der Zuweisung der Arbeitskraft zu technisch-organisatorisch-hierarchisch differenzierten Arbeitspositionen, deren differentielle Bewertung, ihre Auflösung und Neuentstehung an Hand folgender Argumentationsschritte transparent zu machen:²⁾

-
- 1) Anders formuliert: Es bleibt grundsätzlich das Problem einer "Theorie kapitalistischer Subjektivität". Diese müßte drei, nicht aufeinander reduzierbare Phänomene des kapitalistischen Produktionsprozesses in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit und Bestimmung erfassen: die immanenten, historisch zu fassenden Gesetze der kapitalistischen Produktion ("die wirkliche Bewegung"); die Bewegung der individuellen Kapitaleinheiten (die "scheinbare Bewegung") und die "treibenden Motive" der Kapitalisten. (Vgl. hierzu: Rancière Jacques, "Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie", Berlin 1972, S. 74).
 - 2) Damit soll gleichzeitig versucht werden, dem Prinzip abnehmender Abstraktion annäherungsweise gerecht zu werden.

Wir setzen an bei der abstrakten Bestimmung des Kapital-Arbeits-Verhältnisses als einem Verhältnis mit asymmetrischer Machtverteilung. Diese Asymmetrie drückt sich aus in der "Differenz" zwischen Nutzung des Arbeitsvermögens der Arbeitskraft im Produktionsprozeß und ihrem Wert, der sich bestimmt nach gesellschaftlich als notwendig interpretierten und politisch durchgesetzten Reproduktionskosten. Wir versuchen, diese Beziehung auf der Wertebene und auf der Ebene der Gestaltungsprinzipien faktisch realisierter Arbeitsformen in analytischen Dimensionen zu fassen.

Wir halten es für notwendig, die auf der Marx'schen Arbeitswertlehre beruhende These von der Wertdifferenz zwischen Arbeitskraft und wertschöpfender Arbeit durch drei theoretisch zu begründende Einflußfaktoren zu präzisieren.

Es handelt sich dabei - in der Reihenfolge wie wir sie in drei Kapiteln aufgreifen werden - um

(1) immanente Probleme der Aufrechterhaltung der Wertdifferenz, die strukturell bedingt sind und sich aus ihrer Nutzung im historischen Ablauf ergeben als Probleme der Verknappung von Arbeitskraft, als Problem der wechselseitigen Anpassung zwischen Arbeitskraft und den technisch-organisatorischen Bedingungen ihrer Nutzung, als Problem der Legitimation der asymmetrischen Verteilung von Macht, die nicht durch die materielle Reproduktion von Gesellschaft allein gewährleistet ist;

(2) den Stellenwert des Arbeitskräfteeinsatzes im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, der bestimmt ist dadurch, daß sich das Kapitalverhältnis strukturieren, prozeßhaft verwirklichen muß als Garant für die "merkwürdige Harmonie" zwischen einem "selfish system" und dem "progress of the whole" (Adam Smith). D.h. die historischen Formen der Verwirklichung des Kapitalverhältnisses auf Betriebsebene müssen diskontinuierliche, disparate Entwicklungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die wir als seine "Kontingenz" beschreiben werden, nutzen oder bewältigen. Unbewältigte Knappheits-,

Anpassungs- und Legitimationsprobleme - als Ausdrucksformen dieser Entwicklungen - unterbrechen kontinuierliches Wachstum und gefährden dadurch die Machtasymmetrie im Kapitalverhältnis. Wir bestimmen Arbeitskraft und Technologie (bzw. Wissenschaft) als "elastische Potenzen" der Problembewältigung;

(3) den Versuch des Einzelkapitals, äußere gesellschaftliche Einflüsse je nach ihrem positiven oder negativen Effekt auf die eigene Kapitalverwertung zu nutzen oder abzuwehren, sie auf eigene Interessen und Möglichkeiten des Produktionsprozesses, des Marktes etc. hin zu kanalisieren. Die Fähigkeit des Einzelkapitals, die Beziehung zu sich selbst, zu anderen Einzelkapitalen und zur Gesellschaft - genauer zu den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen - unterschiedlich zu gestalten, bezeichnen wir als seine Autonomie, "Schrankenlosigkeit" von Kapitalverwertung innerhalb kapitalimmanenter "Grenzen". Sie ist auf Einsatz, Nutzung und Bewertung von Arbeitskraft zu beziehen unter der Perspektive ihrer unterschiedlichen, funktionalen oder dysfunktionalen Folgen für das Einzelkapital und für Gesellschaft. Auf die Herstellung dieser Autonomie richten sich Strategien, in denen das Einzelkapital sich objektiviert und, vermittelt durch die Konkurrenz, deren Formen mit der Durchsetzung von Autonomiebestrebungen selbst sich verändern, auf den Gesamtprozeß bezieht. "Betrieb" ist jener Ausdruck von Strategie des Einzelkapitals, aus der sich die technologisch-organisatorisch, hierarchische Gestaltung des unmittelbaren Produktionsprozesses unter den je individuellen Verwertungs- und Realisierungsbedingungen ergibt. Die Funktion des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes ist im Rahmen dieser Strategie klar zu machen. Der vorliegende Ansatz bleibt allerdings bei einer Bestimmung des theoretischen Instruments stehen. Die Entwicklung materialer, operationalisierbarer Hypothesen, die sich auf den strategischen Bezug bestimmter betrieblicher Aktivitäten unter angebbaren, differierenden Bedingungen der Betriebe und der Arbeitskraft beziehen, muß weiteren, zunächst analytisch orientierten Arbeitsschritten vorbehalten bleiben.

Kapitel I:

Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit und der Einsatz von Arbeitskraft

Die konkreten, historisch-institutionellen Formen der Verfügung und Disposition über Arbeitskraft wie sie auf der Ebene des Betriebs erscheinen, müssen in ihrer Funktion erklärt werden. Diese ist es, sicherzustellen, daß Arbeit nach Form und Intensität so ausgeführt und so gemessen, quantifiziert wird, daß der Reproduktionsaufwand der dafür eingesetzten Arbeitskraft bezogen auf deren Bedürfnisse, ihre Marktlage, auf gültige (historisch-moralische) Äquivalenzvorstellungen geringer ist, als der gesellschaftliche, auf dem Markt durchgesetzte und realisierte Wert der mittels dieser Arbeit produzierten Produkte.

Basis dieser Beziehung zwischen geleisteter Arbeit und bewerteter Arbeitskraft ist eine asymmetrische Verteilung von Macht, die auf der einen Seite zur Akkumulation von Kapital, auf der anderen Seite zur Reproduktion von Arbeitskraft befähigt in, durch das Akkumulationserfordernis begrenzten und der Produktivkraftentwicklung folgenden Formen.

Wir fragen, wie, mit welchen Instrumenten und nach welchen Gestaltungsprinzipien Arbeit eingesetzt wird, um dieses Verhältnis zu sichern und danach, welche dem Kapitalverhältnis immanenten gesellschaftlichen Probleme dabei auftreten. Dabei ist zu klären, wie in den Formen der Verfügung über Arbeitskraft und ihrer Nutzung und Gratifikation die Widersprüchlichkeit zwischen den Verwertungserfordernissen zum Ausdruck kommt¹⁾,

1) Die Frage der "zunehmenden" Politisierung des Kapitalverhältnisses, seine Herauslösung aus dem ökonomischen Bereich, die inzwischen von der Mehrzahl der Vertreter der kritischen Theorie als positiv entschieden betrachtet wird, greifen wir an einigen Stellen auf, ordnen sie aber nicht systematisch in unsere Fragestellung ein.

menschliche Arbeit im Produktionsprozeß auszuschalten und zugleich ihre Fähigkeit zu nutzen, mehr Arbeit zu leisten, als es den Reproduktionserfordernissen entspricht.

1. Die Differenz zwischen der Wertschöpfung lebendiger Arbeit im Produktionsprozeß und der Identifizierung des gesellschaftlichen Wertes der Arbeitskraft

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit als Machtverhältnis zu definieren geht aus von der Chance, die gesellschaftliche Produktivkraft lebendiger Arbeit durch Bereitstellung und Gestaltung der materiellen Bedingungen der Produktion zu entwickeln und den Wert der in den Produkten vergegenständlichten Arbeit, der nicht zur psychisch, physisch, moralischen Reproduktion der Arbeitskraft eingesetzt werden muß, sich anzueignen und wiederum in Kapital zu verwandeln. Der Wert der Arbeitskraft wird auf gesellschaftlich notwendige Arbeit reduziert, deren Höhe vom technisch-organisatorischen Entwicklungsniveau der Produktionsprozesse abhängt und davon, daß die aufgewandte Arbeit dem jeweiligen Umfang gesellschaftlicher Bedürfnisse nach verschiedenen Produkten entspricht.¹⁾

Wir ergänzen den Begriff der Reproduktion, indem wir die Befriedigung jener Reproduktionsbedürfnisse einschließen, die, vermittelt über gesellschaftlichen Legitimationsdruck, in die gesellschaftliche Bewertung von Arbeit eingehen, aber selbst Bedingung und Folge der Wertschöpfung sind.

Die Formulierung "über gesellschaftlichen Legitimationsdruck vermittelte Bewertung" schließt die Annahme ein, daß der strukturell, aus der Aufrechterhaltung der Wertasymmetrie bestimmte "Wert" der Arbeitskraft und die Analyse normativer Elemente der Selbst- und Fremdbewertung von Arbeit (von "Arbeitspflicht", "Arbeitsmühe", "angemessener Arbeit", "gerechter Lohn" etc.) nicht als sich wechselseitig ausschließende Erklärungsansätze hingenommen werden können. Was zu lei-

1) Zum "kontingenten" Verhältnis zwischen den beiden Bestimmungen notwendiger Arbeit, dem technisch-organisatorisch notwendigen und dem, gesellschaftlichen Bedürfnis nach Inhalt und Umfang entsprechenden Arbeitsaufwand vgl. Kapitel II.

sten hier nicht möglich ist, wäre der Nachweis der "doppelten Konstitution" von Wert als Objektivierung normativer Erwartungen (Baldamus spricht von "normativer Verdinglichung", in: "Der gerechte Lohn", Berlin 1960, S. 45) und subjektivinterpretierender Reflexion dessen, was als objektive Bedingung, als gegeben und als veränderbar erscheint. Die in die Bestimmung "notwendiger Arbeit" eingehenden Bedürfnisse sind immer auch "interpretierte" (Habermas). - Beim Rekurs auf das Marx'sche Wertgesetz sollte nicht übersehen werden, daß dies zentral eine Theorie "wirtschaftlicher Verdinglichung" ist und insofern (auch) eine Rekonstruktion des Prozesses der Verdinglichung verlangt.

(Die Soziologie versucht dies - phänomenologisch - mit der Formel der "social construction of reality" auf den Begriff zu bringen).

Wir halten allerdings daran fest, daß dieser (normative) Aspekt nur insoweit zu berücksichtigen ist, als es sich - zumindest - als plausibel erweist, daß aus dem Verwertungsprozeß selbst, also objektiv, Erfordernisse (Probleme) legitimatorischer Bewertung von Arbeitskraft hervorgehen.

In die Produktion und Reproduktion von Arbeitskraft wird zur Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit im Produktionsprozeß, wozu wir auch Formen der Information, der Mitentscheidung etc. rechnen, nur solange und nur in dem Maße investiert, als dadurch das Verhältnis zwischen der in den produzierten Waren vergegenständlichten Arbeit und der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen verbessert werden kann. Durch neue technisch-organisatorische Verfahren gesteigerte Produktivität darf im gesellschaftlichen Durchschnitt nicht übertroffen werden durch dafür zusätzlich notwendige Reproduktions-, z.B. Qualifizierungskosten für Arbeitskraft. Allerdings kann die Gestaltung dieses Verhältnisses dadurch modifiziert werden, daß um der prinzipiellen Sicherung des Kapitalverhältnisses willen Reproduktionsaufwendungen notwendig werden, die aus dem Produktivitätszuwachs - bzw. seinem Wertausdruck - abgezweigt werden müssen.

In der Herstellung und der Sicherung der Differenz zwischen dem gesellschaftlichen Wert der Arbeitskraft und der Wertschöpfung des Arbeitsvermögens im privat organisierten Produktionsprozeß prägt sich das Kapitalverhältnis als Machtverhältnis aus. Machtasymmetrie ist solange stabilisierbar, als es gleichzeitig mit der Akkumulation von Kapital gelingt, den

gesellschaftlichen Wert der Arbeitskraft (ihre gesamten Reproduktionskosten) durch Herrschaft, Technologie und Organisation im Griff zu behalten, wobei herrschaftsmäßig-hierarchische Disziplinierung von Arbeit als durch Technologie und Organisation sachzwangbedingt erscheint oder sich gar darin auflöst.¹⁾

Mit Hilfe dieser Instrumente muß die Differenz zwischen den durchschnittlichen gesellschaftlichen Reproduktionskosten und dem wertschöpfenden Potential lebendiger Arbeit aufrecht erhalten werden. Der Sicherung dieser Differenz wird die Gestaltung des kapitalistischen Arbeitskräfteeinsatzes unterworfen.

Dieses Verhältnis, genauer diese Asymmetrie zwischen gesellschaftlichen Reproduktionskosten (im weitesten Sinn) der Arbeitskraft, die sich notwendig erhöhen und verbreitern, wenn Wirtschaftswachstum erreicht, Stagnationskrisen verhindert werden sollen und die Wertschöpfung durch vergesellschaftete Arbeit kann sich für verschiedene beruflich, geschlechtlich, altersmäßig, nach nationaler und regionaler Zugehörigkeit differenzierte Arbeitskräftegruppen, in verschiedenen Branchen, in einzelnen Betrieben, zu unterschiedlichen Zeitpunkten höchst unterschiedlich ausprägen, vom gesellschaftlich durchschnittlichen Verhältnis abweichen. Der Lohn oder generell die Gratifikation von Arbeitskraft kann individuell über und unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegen; gratifikatorische Differenzierung selber ist ein Herrschaftsinstrument, in dem sie sich an differierenden Leistungs-Output und/oder an differierenden Reproduktions-, insbesondere Qualifizierungs-Input binden und sich sowohl als Leistungsanreiz wie legitimatorisch verwenden läßt. 2)

- 1) Als Hinweis auf eine mögliche Operationalisierung dieser These mag etwa die Tatsache gelten, daß im Normalfall der Arbeitsvertrag keine oder höchstens vage Bestimmungen zur Relation zwischen Arbeitsaufwand und Gratifikation enthält. Arbeitstempo, Grad der Normierung von Arbeitsoperationen, Ausmaß von Kontrollen u.ä. bleiben üblicherweise offen bzw. werden innerbetrieblichen Verhandlungen über die Gestaltung der genannten Instrumente überlassen und rücken damit in einen mehr oder weniger autonomen Gestaltungsbereich von Betrieben.
Vgl. hierzu auch: Baldamus, W., a.a.O., S. 35 ff.
- 2) Zum Problem der Gestaltung der Wertrelationen zwischen Arbeitskräften vgl. Offe, C., "Leistungsprinzip und industrielle Arbeit", Frankfurt 1970.

Differenzielle und steigende Bewertung von Arbeitskraft (bezogen auf Qualifikation und Arbeitsleistung) braucht aber keine Minderung der Wertdifferenz zu bedeuten, sondern kann gerade eine Voraussetzung der Kapitalverwertung selbst darstellen, kann etwa durch eine verbesserte Qualität der Produkte die Realisierung der Ware sichern und dadurch die im Produktionsprozeß erzielte Wertdifferenz aufrecht erhalten.

Die Gestaltbarkeit der Gratifikations-Leistungs-Bilanz eben durch die genannten Instrumente Technik, Organisation und Herrschaft prägt damit auch zusammen mit ihren Auswirkungen auf Kapitalkosten, den konkurrenzbedingten Innovationsdruck und den quantitativ-qualitativen Bedingungen des Absatzmarktes die Formen technisch-organisatorischer Neuerungen: Ihre Rhythmen - kontinuierlich, zyklisch, sporadisch - sowie ihre Intensität - den Übergang zu einem umfassend neuen technisch-organisatorischen Niveau oder den Weg der kleinen Verbesserungen Schritt für Schritt. Aus der Abwägung der Relation zwischen Produktivitätseffekt und Qualifizierungs- bzw. generell Anpassungsaufwand, die allerdings häufig als ex post-Rechnung oder im Stadium der Einführung selber mit mehr oder weniger Experimentiercharakter angestellt wird und zu entsprechenden technisch-organisatorischen oder direkt auf die Arbeitskraft, insbesondere auf ihre Neubewertung bezogenen Korrekturmaßnahmen führt, resultieren die konkreten Strukturen des Arbeitskräfteeinsatzes: Ein neuer, erhöhter Qualifikationsbedarf wird kompensiert durch gleichzeitige Entqualifizierung (Qualifikationspolarisierung); vorhandene Qualifikationen werden laufend im Arbeitsprozeß selber (Lernen durch Arbeit) oder durch Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten angepaßt; es entfallen sukzessive einzelne Anforderungselemente (Nivellierung) bei gleichzeitiger Leistungsintensivierung etc. 1)

Die Aufrechterhaltung des Machtverhältnisses bei der Bestimmung der Formen lebendiger Arbeit und gleichzeitiger Reduktion der Arbeitskraft auf ihren gesellschaftlich gültigen, von diesen Formen abstrahierten, generalisierten Wert, setzt möglichst beliebige Verfügbarkeit über personengebundene Arbeitskraft voraus. Je höher die Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und ihrer Wertschöpfung, je mehr also die Nutzung kooperativen Arbeitsvermögens gratis gelingt, desto höher der Anspruch, die Verfügung über Arbeitskraft auch quantitativ auf Basis der erreichten Wertdifferenz auszudehnen. Trifft dies für eine überwiegende Zahl von Kapitalen eines nationalen oder auch internationalen Gesamtkapitals zu, so wird die Verfügbarkeit über Arbeitskraft problematisch und

1) Vgl. hierzu SOFI, "Produktion und Qualifikation", Göttingen 1973.

eingeschränkt, stellt sich qualitative und quantitative Verknappung als Problem ein. Das ursprüngliche Problem der Sicherung der Wertdifferenz durch die technisch-organisatorische und hierarchische Zuordnung der Arbeitskraft zu einer Arbeitsposition mit dem Effekt, daß diese Arbeitskraft mehr bzw. Höherwertiges produziert als ihrem eigenen Wert aufgrund der gesellschaftlichen Bewertung der von ihr eingenommenen Position entspricht, erscheint dann als Knappheitsproblem.¹⁾

Die Aufrechterhaltung eines hohen Nutzungsniveaus der Arbeitskraft unter der Bedingung ihrer Verknappung und unter dem Druck, neue Nutzungsformen aufgrund variabler Verwertungs- und Realisierungsbedingungen durchzusetzen, stellt erhöhte Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der qualitativen und quantitativen Struktur der Arbeitskraft; zugleich aber gewinnt auch die Gestaltbarkeit von Herrschaft, Technik und Organisation einen neuen Stellenwert als Möglichkeit zur Anpassung der Einsatzbedingungen von Arbeit an generell oder spezifisch knappe Arbeitskraft (doppeltes Anpassungsproblem). Die Sicherung der Kontinuität des Machtverhältnisses wird in das Problem der kontinuierlichen Anpassung der Arbeitskraft an neue Bedingungen ihrer Nutzung verschoben.

Wenn die Verknappung von Arbeitskraft, die einen hohen Nutzeffekt hat, deren potentielle Arbeitsplätze also nur mit Rentabilitätseinbußen technisch-organisatorisch aufgelöst bzw. ersetzt werden können, überwunden werden soll und/oder wenn der Anpassungsdruck an qualitativ neue Nutzungsformen oder höhere Nutzungsintensität steigt, wobei Anpassung und Verknappung wechselseitig Folgeprobleme sein können, richten sich an die Einrichtung solcher Arbeitsplätze, an die gratifikatorische Gestaltung der Einsatzbedingungen von Arbeit tendenziell neue und höhere Bewertungsansprüche. Ihre Befriedigung wird zum Problem der Legitimierung des Machtverhältnisses. Dieses selbst als Problem wird transformiert

1) Knappheitsphänomene dürfen nicht kurzschlüssig aus demographischen Zusammenhängen erklärt werden, sondern, insbesondere hinsichtlich der Art und des Orts ihres Auftretens, wesentlich aus dem Verwertungsprozeß.

in Probleme tendenziell institutionalisierter bargaining-Prozesse um die legitime Gestaltung der Gratifizierung von Arbeit.¹⁾

Wie wirken sich Bewertungsansprüche der Arbeitskraft aus, die "notwendig" sind, weil sie sich aus ihrer Anpassungsfähigkeit, aus ihrer Verknappung, aus ihren Legitimationserwartungen ergeben und auf eine Bewertung von Arbeitskraft drängen, die über den historisch überlieferten Reproduktionskosten liegt, auf die Gestaltung der Instrumente Technologie, Organisation, Herrschaft aus und wie verändern sich darüber die Einsatzformen der Arbeitskraft?

2. Bestimmung von Arbeitsformen durch die Gestaltung des Produktionsprozesses

Die drei genannten Probleme wirken tendenziell auf eine Steigerung der gesellschaftlichen Bewertung der Arbeitskraft (des Tauschwertes) hin, auf die Ausdehnung dessen, was zur Erhaltung ihres Arbeitsvermögens objektiv notwendig ist und als notwendig, als angemessen gilt, wie auf eine notwendige Veränderung des Gebrauchswertes von Arbeitskraft (für veränderte Nutzungsformen).

Auswirkungen dieser Veränderungstendenzen auf historisch-institutionelle Bedingungen der absoluten Größe der Wertdifferenz, also etwa auf die Stärke von Tarifparteien, staatliche Eingriffe in das Kapitalverhältnis durch Gesetzgebung und Wirtschaftspolitik, auf Ausdehnung und Differenzierung von Bildungsinstitutionen, werden wir nicht oder höchstens implizit berücksichtigen. Vielmehr entspricht es unserer Fragestellung, wenn wir uns auf jene Ebene der Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Formen der Nutzung und der Bewertung von Arbeitskraft konzentrieren, wo sie letztlich wirk-

1) Auf Genese und Erscheinungsformen dieser Probleme unter der Perspektive des Verhältnisses zwischen Einzelkapital und Gesellschaft ist noch einmal unter II.3. zurückzukommen.

sam wird, wo Technologie, Organisation und Herrschaft sich ausprägen: auf den unmittelbaren Produktionsprozeß.¹⁾

Wir fragen, wie die Wertdifferenz im Arbeitskräfteeinsatz prinzipiell sichergestellt wird, nicht wie groß oder gering diese Differenz ist und nicht, wie sie sich im einzelnen, also etwa für bestimmte Arbeitskraft niederschlägt.²⁾ D.h. wir abstrahieren auch auf dieser Ebene noch von den besonderen, einzelkapitalistischen Formen und ihren betrieblichen Ausprägungen. Letzteres, der Übergang auf die Ebene des Konkret-Historischen bedarf eigener analytischer Arbeiten.

Zunächst kann der Inhalt des angesprochenen Machtverhältnisses präziser formuliert werden, indem seine Bedeutung im Produktionsprozeß skizziert wird:

Die auf der Verfügung über Kapital beruhende Macht befähigt dazu, die Bestimmung von Arbeit durch die Form, mit der Herrschaft ausgeübt wird und/oder durch die Ausgestaltung von Technologie und Organisation vom Arbeitshandeln bestimmter Arbeitskräfte zu trennen und die Arbeitskraft für beliebige Formbestimmungen einzusetzen. Macht wird ausgeübt in der Transformation lebendiger vergesellschaftungsfähiger Arbeit in oder für beliebige der Verwertung von Kapital (bzw. seiner konkreten stofflichen Formen) unterworfenen Bestimmungen. Ohnmacht ist der Zwang, sich solchen Bestimmungen unterwerfen zu müssen, um Reproduktionsbedürfnisse zu befriedigen.

1) Präziser formuliert ergibt sich für uns die Priorisierung des unmittelbaren Produktionsprozesses aus der Überlegung, daß politische Veränderungen institutioneller Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in ihrer theoretischen wie praktischen Bedeutung nicht unabhängig von den Formen der Sicherung der Wertdifferenz in betrieblichen Produktionsprozessen adäquat beurteilt werden können. Dahinter steckt z.B. die Überzeugung, daß, negativ formuliert, die Chancen emanzipatorischer Qualifizierung der Arbeitskraft nicht in einer Verselbständigung des Bildungssystems gegenüber dem Produktionssystem, das damit unter einen (politisch) steuerbaren Veränderungsdruck geraten soll, liegen können.

2) Dies wird - illustrativ - in Kapitel III, 2. versucht.

Maximale Transformationsbreite der lebendigen Arbeit in maximale Bestimmbarkeit für beliebige Zwecke ist eine Grundbedingung kapitalistischer Rationalität, der Unabhängigkeit von konkreter Arbeitskraft.¹⁾

Objektives Gestaltungsprinzip bei der Verwirklichung des Kapitalverhältnisses im Produktionsprozeß ist es, in der "besonderen Bestimmtheit" den abstrakten Charakter der Arbeit zu realisieren, ohne die "Gleichgültigkeit gegen jede Bestimmtheit" im gesellschaftlichen Verwertungsprozeß selbst zu gefährden. Variable Bestimmbarkeit der Arbeit ist die Voraussetzung ihrer Verwertung unter verschiedenen konkreten (historischen) Bedingungen.²⁾

So ändert sich z.B. mit einem veränderten Verhältnis von konstantem und variablem Kapital - mit der organischen Zusammensetzung - die Anforderung an die Kapazitätsauslastung und es müssen sich neue Bestimmungsformen von Arbeit, die sich etwa als Formen ihrer Intensivierung (etwa durch Einsatz in Nachtschicht) beschreiben lassen, damit auch erforderliche Qualifikationen, individuelle Merkmale etc. herstellen lassen.

Dieser Prozeß der Formbestimmung von Arbeit als abstrakte ist auf zwei Ebenen analytisch darzustellen:

- Auf der Ebene der "Wertabstraktion" auf der Basis des Tauschprinzips, der Voraussetzung also, daß Arbeitsprodukte als Waren, als vergegenständlichte Werte verglichen, gemessen, unabhängig von den besonderen Formen ihrer Herstellung aufeinander bezogen, gekauft und verkauft werden müssen. Bezogen auf Arbeitskraft heißt dies, daß durch ihre "Durchschleusung durch den Markt" (Claessens) die gleiche Gültigkeit von Arbeit sich herstellt.

-
- 1) Zur Bedeutung der Bestimmung von Arbeitshandeln durch Markt bzw. Produkt und Produktionsprozeß für Qualifikationsbedarf, vgl. HIS-Brief 18, ISF München, 1971, S. 26 ff.
 - 2) Zur Charakterisierung des Kapitals als die "Totalität jeder Besonderheit seiner Substanz" wie als "Abstraktion von all ihren Besonderheiten" und der Arbeit, die "subjektiv dieselbe Totalität und Abstraktion an sich" hat; vgl. Karl Marx, "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", Berlin 1953, S. 204.

- Auf der Ebene der "Realabstraktion", dem "Wie" der technisch-organisatorisch-disziplinarischen Formbestimmung von Arbeit, die das Verwertungsprinzip des Kapitals, nämlich seine Indifferenz gegenüber konkreten Erfordernissen des Arbeitsprozesses, wie sie sich aus den stofflichen Reproduktionsbedürfnissen der Gesellschaft ergeben, in der Gestaltung der konkreten Arbeitsformen verwirklicht.¹⁾

Dies bezeichnet den Prozeß der "reellen Subsumtion", der nach Marx darin besteht, daß mit der Entwicklung des Kapitals zu höheren Organisationsformen, die Wertdifferenz nicht mehr erreicht wird, indem auf Basis der unveränderten Formen konkreter Arbeit die Mehrarbeit ausgedehnt, absoluter Mehrwert geschaffen wird, sondern dadurch, daß durch technisch-organisatorische Veränderung der Arbeitsformen die notwendige Arbeit reduziert, relativer Mehrwert erzeugt wird. Dabei weist Marx auf die charakteristische Tendenz kapitalistischer Produktion hin, d.h. auf die stets intendierte Kombination beider Formen der Mehrwerterzeugung. 2) Diese These läßt sich übrigens fruchtbar machen zur Erklärung des gemeinhin technokratisch und ideologisch-kritisch beklagten Phänomens der gebremsten Innovation, des verzögerten technischen Fortschritts, der Vergeudung von Produktivkräften, geplanter Obsuleszenz etc. Diese Phänomene resultieren nämlich aus eben jener Logik der Kombination des relativen Mehrwerts (Innovation voraussetzenden) und des absoluten Mehrwerts (Einfrieren der Arbeitsformen auf dem Status quo, aus Legitimierungs- wie aus Gründen nüchterner Rentabilitätskalkulationen, die alle "unnötigen" Umstellungskosten - solange sie z.B. nicht aus Konkurrenzzwang notwendig zu leisten sind - verbieten).

Wertabstraktion, genauer Abstraktion, Identifikation von Arbeit nach gesellschaftlich gültigen, sich an Berufs- und Pro-

-
- 1) Sohn-Rethel, u.a. hypostasieren diese Unterscheidung zwischen "Wert und Realabstraktion" zu einem angeblich historisch virulenten Widerspruch zwischen "Markt"-(Wertabstraktion) und "Produktionsökonomie" (Realabstraktion), der mit dem Taylorismus beginne und gegenwärtig im Spätkapitalismus seinen Höhepunkt erreiche. (Vgl. Sohn-Rethel, A., "Die ökonomische Doppelnatur des Spätkapitalismus", Darmstadt und Neuwied, 1973).
 - 2) Zum Konzept der reellen Subsumtion vgl. Marx, K., "Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses", Frankfurt am Main, 1969, S. 49 ff. und S. 60 ff.

fessionalisierungsethiken, an Konsum- und Wohlstandsnormen, an Krisenangst und Sicherheitsstreben anhängenden Werten - meint¹⁾

- die Abstraktion von Arbeitsinhalten, konkreten Qualifikationen, wie sie sich aus bestimmten Anforderungen an das Produkt, bestimmten Arbeitsmitteln, bestimmten äußeren Arbeitsbelastungen (Hitze, Lärm, Nachtschicht etc.) ergeben. Diese, auf die stofflichen Eigenschaften des Arbeitsprozesses bezogenen Momente von Arbeit sind zurückzuführen einmal auf den erreichten Stand der Produktivkräfte, zentral aber gleichzeitig auf interessenbedingte Interpretationen und entsprechend durchgesetzte Bestimmungen über das erforderliche Arbeitsvermögen und über die zu ertragenden Arbeitsbelastungen. So ist z.B. in dieser auf Arbeitsinhalte bezogenen Wertabstraktion - die objektiv mögliche, am realisierbaren Niveau der Produktivkräfte, nicht an konkurrenzbedingten Möglichkeiten von Einzelkapitalen gemessene Ausschaltung von körperlicher Schwerarbeit (die real aber wiederum nur auf Konkurrenzdruck hin sich vollzieht), entscheidend für den gesellschaftlichen mehr oder weniger kodifizierten Definitionsprozeß dessen, was als gültiger Maßstab "abstrakter Arbeit", von "Arbeit schlechthin" gilt.²⁾

1) Es ist vorweg darauf aufmerksam zu machen, daß wir Manifestation von Macht (noch) nicht im Abstraktionsprozeß von Arbeit auf gesellschaftlich durchgesetzte Standards schlechthin verstehen. Macht besteht nur und kommt nur zur Geltung in der konkreten und normativ indoktrinierten Unterwerfung - konkreter menschlicher Arbeitskraft unter diese Abstraktionen. Wir sind uns im klaren darüber, daß mit dieser Bemerkung ein ungelöstes Problem der Marx'schen Wertlehre höchstens angesprochen, nicht aber angegangen ist. - Dies ist übrigens der zentrale Gegenstand der marxistischen Kritik an der Darstellung der (spezifisch kapitalistischen bzw. allgemein industriellen) Rationalisierung der Arbeit durch Lukács. (Vgl. Maretzky, Klaus, "Industrialisierung und Kapitalismus - Probleme der Marxrezeption" in: Lukács, Georg, "Geschichte und Klassenbewußtsein", in: Das Argument 65, 13. Jahrgang, Heft 4/5, Berlin 1971).

2) Insofern ist es berechtigt und notwendig - dies gilt auch für die anderen noch darzustellenden Dimensionen der Wertabstraktion - die in die Marx'sche Arbeitswertlehre eingehenden Bestimmungen abstrakter Arbeit permanent zu historisieren, weil die Inhalte und an Produktionsverhältnisse gebundenen Bedingungen dieses Abstraktionsprozesses sich - wie eben angedeutet - ändern.

- die Abstraktion von den Formen der Vergesellschaftung lebendiger Arbeit, den Formen also der Kooperation zwischen Arbeitskräften. Die notwendige Koordination zwischen den arbeitsteiligen Tätigkeiten der Arbeitskräfte erweist sich als "sachlich" erzwungen durch die Erfordernisse der Verwertung von Kapital und seiner Realisierung auf dem Markt. Steigende Produktivität etwa, ein verbessertes Verhältnis zwischen Arbeitsaufwand und Produktionsergebnis geht in die Bewertung der Arbeitskraft nur ein, "wenn sie sich als individuelle Leistung, als "Beitrag" der einzelnen Arbeitskraft am Produktionswert ausweisen läßt, ohne daß sich dadurch kollektive Folgen für die Bewertung der kombinierten Arbeitskraft ergäben;
- die Abstraktion von den historisch-variablen Bedingungen der Realisierung des Arbeitsvermögens, d.h. Indifferenz der Bewertung der Arbeitskraft gegenüber den Formen vergesellschafteter Arbeit, d.h. daß für die Identifizierung des Wertes der Arbeitskraft die Relation zwischen dem psychisch-physisch-moralischen Arbeitsaufwand und seinem Produkt unerheblich, d.h. objektiv nicht meßbar und objektiv nicht relevant, bleibt. Die konkreten, historisch variablen Bedingungen der Produktivität von Arbeit - Konjunkturren, Krisen, Bildungsvoraussetzungen, etc. bleiben folgenlos für die Bewertung von Arbeitskraft; im Gegenteil, steigende Produktivität des kollektiven Arbeitsprozesses gerät zur Entwertung von Arbeitskraft.¹⁾

Realabstraktion, also die technisch-organisatorisch-disziplinarischen Formen der Bestimmung von Arbeit, die Gestaltungsprinzipien konkreter Arbeit, Formen der "reellen Subsumtion"

1) Diese Dimension des Abstraktionsprozesses geht auf die Marx'sche These zurück, wonach der Arbeiter "die wertsetzende Tätigkeit gegen einen vorherbestimmten Wert aus(tauscht), abgesehen von dem Resultat seiner Tätigkeit" (Grundrisse, a.a.O., S. 229), vgl. Kapital, Band I, MEW, Berlin 1968, S. 613.

von Arbeit unter die Verwertungserfordernisse des Kapitals lassen sich darstellen¹⁾ als

- Parzellierung von Arbeit, d.h. Zerlegung der Arbeitsinhalte so, daß für die Ausführung der einzelnen Arbeitsoperationen keine Qualifikationen erforderlich sind, die das übertreffen würden, was oberhalb "zivilisatorischen Mindestanforderungen" liegen würde.
- Isolierung von Arbeit, d.h. Ausschaltung von Anforderungen an die Kooperationsfähigkeit der Arbeitskräfte, die sich nicht auf hierarchisch angeordnete, oder technisch-organisatorisch objektivierbare Erfordernisse reduzieren lassen.
- Konstanz der Wertschöpfung durch Arbeit, d.h. Sicherstellung der Kalkulierbarkeit, der Berechenbarkeit von Arbeit, unabhängig von historisch-variablen, marktmäßig bestimmten Bewertungen der Arbeitsprodukte, d.h. unabhängig von Konkurrenzbedingungen, konjunkturellen Schwankungen, individuellen Motivationen etc. Abstrakte, quantifizierbare Zeit gilt als Kriterium des Werts, den Arbeitskraft produzieren kann oder muß. Die Einhaltung von Zeitnormen gilt als Wertmaßstab von Arbeitsleistung. Dies wird möglich, wenn jegliche Variabilität der Elemente des Arbeitsprozesses, der gegenständlichen Bedingungen von Arbeitshandeln ausgeschaltet bzw. in solche Normen sich übersetzen läßt. Konstant kalkulierte Arbeit schließt dabei Variationen im Ausmaß von Parzellierung und Isolierung natürlich nicht aus, erfordert sie sogar.

1) Es scheint uns wichtig, zu wiederholen, daß die folgenden Kategorien der "reellen Subsumtion" ebenfalls als analytische zu begreifen sind, über deren empirische Erscheinungsformen nichts ausgesagt werden kann, ohne auf die historisch-konkrete Ebene überzugehen. D.h., daß auf dieser Abstraktionsebene weder über die Formen der Realisierung dieser Prinzipien, noch über ihre Gewichtung etwas ausgesagt werden kann.

Es läßt ein Maximum an Macht sich verwirklichen, wenn Arbeitskraft - unter Knappheits-, Anpassungs- und Legitimationsproblemen - sich einsetzen läßt für parzellierte, isolierte, in ihrem wertproduzierenden Effekt konstant kalkulierbare Arbeitsform. Die Verwirklichung dieser Zuordnung von Arbeitskraft zu Arbeitsform wird verhindert, modifiziert dadurch, daß Machtasymmetrie und Wertdifferenz sich orientieren müssen an einem gesellschaftlichen Produktionsprozeß, der Parzellierung, Isolierung und konstante Wertkalkulation von Arbeit, also vollständige reelle Subsumtion verhindert. Diese muß als permanenter Prozeß der Objektivierung der Bedingungen lebendiger Arbeit gegenüber Arbeitskraft begriffen werden.¹⁾

Es bleibt anzumerken, daß in dem Maße wie die volle Bestimmung von Arbeit durch die Gestaltung des Produktionsprozesses gelingt, die Bewertung von Arbeitskraft sich als Bewertung von Arbeit ausweisen läßt.²⁾ Die "Arbeitsbedingun-

1) Dem hier angeschnittenen Problem liegt die Frage zugrunde, inwieweit die Negation lebendiger Arbeit durch das Kapital im genannten Abstraktionsprozeß und durch entsprechende technisch-organisatorische Maßnahmen immanente Grenzen der Subsumtion produziert. Wir vermuten, daß diese generell dann in Erscheinung treten und als Ausbildungsproblem bzw. Qualifikationsdefizit der Arbeitskraft thematisiert werden, wenn eben jene Gleichgültigkeit gegenüber besonderen und variablen Bestimmungen, die ja positiv in der elastischen Einsatzfähigkeit der Arbeitskräfte, ihrer Anpassungsfähigkeit und ihrer Veränderbarkeit besteht, nicht mehr gegeben ist. Dahinter steht die These, daß Arbeitskraft, die einer parzellierten, isolierten, nach abstrakten Zeitmaßen kalkulierten Arbeit unterworfen wird in längerfristiger Perspektive diese Elastizität verliert, auf die die Entwicklung des gesellschaftlichen, wenn auch nicht betrieblichen Produktionsprozesses angewiesen bleibt. (Zur Arbeitskraft als "elastische Potenz" vgl. Kapitel II.2).

2) Darauf beruht letztlich die Ideologie des Leistungsprinzips, dessen Kritik u.E. bisher nicht mit Hilfe der Arbeitswertlehre angegangen wurde. Dies bedeutet z.B. für Offes "Leistungsprinzip und industrielle Arbeit", a.a.O., daß die vermutlich unterstellte Prämisse - es wird dies nie ganz deutlich - das Leistungsprinzip hätte "früher" in den Anfangszeiten des Kapitalismus auf eine objektive Grundlage sich beziehen können, während es diese "jetzt" mehr und mehr entbehre, äußerst fragwürdig ist. Arbeitskraft nach ihrer Arbeitsleistung zu bewerten, ihren Status in der Hierarchie arbeitsgeteilter Positionen daran zu binden, ist die "alte" Ideologie des äquivalenten Tausches.

gen" sind dann jener Aspekt des Produktionsprozesses, auf den sich gesellschaftliche Ansprüche der Gratifizierung der Arbeit beziehen, sei es als Ausgleich, Entschädigung von Arbeitsbelastung, sei es direkt als Aufwertung von Arbeit, in Form der "Humanisierung" der Arbeitsbedingungen. Entscheidend für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Bewertung und Wertschöpfung der Arbeitskraft wird es dann, die Dimensionen der Gratifizierung im Verwertungsinteresse zu bestimmen (direkter Leistungsbezug, individueller Aufstieg etc.) und ihre Relevanz zur Bewältigung von Knappheits-, Anpassungs- und Legitimationsproblemen zu sichern.¹⁾

1) Dies wird je nach der Stellung eines Einzelkapitals in der Konkurrenz zur Chance bzw. zur Belastung der Problembewältigung; weil z.B. höhere Löhne zur Kompensation für vergleichsweise schlechte Arbeitsbedingungen bezahlt werden müssen oder weil umgekehrt Disparitäten der Arbeitsbedingungen sich gratifikatorisch nutzen lassen.

Kapitel II:

Beziehungen zwischen Arbeitskräfteeinsatz und gesellschaftlichem Produktionsprozeß

Diesem Abschnitt liegt die generelle These zugrunde, daß die Aufrechterhaltung der Differenz zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und ihrer Funktion im Produktionsprozeß als Gebrauchswert des Kapitals strukturell notwendig ist, um die kontingenten Beziehungen innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die sich als Diskrepanz zwischen Produktion und Verwertung niederschlagen, zu bewältigen. Dabei kann einzelkapitalistisch gelungene Aufrechterhaltung dieser Differenz ihrerseits neue Formen von Kontingenz im gesellschaftlichen Produktionsprozeß bewirken.

Kontingenz heißt hier, daß Beziehungen zwischen Teilen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses (also zwischen Produktion und Vermarktung, Verwandlung von Warenkapital in Geldkapital, Kapitalkaufwand und Zirkulationsdauer etc.) als diskontinuierliche und disproportionale immer "auch anders möglich sind" (Luhmann). Kontingente Beziehungen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß können sich dabei als Höher- oder Minderverwertung von Kapital im einzelkapitalistischen Vergleich darstellen.

Der hier benutzte Kontingenzbegriff ist von systemtheoretischen Überlegungen angeregt 1), greift in seiner begrifflichen Fassung jedoch auf die Marx'sche Analyse der "zufälligen" 2) Beziehungen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zurück, die sich aus dem Charakter des Kapitals selbst ergeben, das notwendig "über die richtige Proportion hinaus treibt", weil "das Kapital viele gänzlich gegeneinander gleichgültige Kapitalien ist." (Vgl. Grundrisse, a.a.O., S. 323, Hervorhebung im Original). Während die systemtheoretische Argumentation auf eine synchrone Entwicklung zwischen "Kontingenzerzeugung" und "Kontingenzbewältigung" hinausläuft,

-
- 1) Die ausführlichste Darstellung findet sich bei Luhmann, N., "Selbstthematizationen des Gesellschaftssystems", in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 2, Heft 1, Januar 1973.
 - 2) Nicht gemeint sind sporadisch auftretende, singuläre "Zufälle", deren Kausalität nicht prinzipiell rekonstruierbar wäre. Vgl. hierzu Hörz, H., "Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft", Berlin 1969, S. 127 ff.

ist hier, als Ausgangspunkt einer polit-ökonomischen Analyse die Frage, mit welchen stabilisierenden oder krisenträchtigen Folgen die aus dem Kapitalverhältnis selbst sich entwickelnde Kontingenz der gesellschaftlichen Produktion auf historisch zu bestimmende Formen der Sicherung des Kapitalverhältnisses, speziell auf die Einsatzformen von Arbeitskraft, zurückwirkt.

Die zentrale Marx'sche These ist hier, daß sich die Kontingenz der Beziehungen zwischen den durch das Kapital beherrschbaren und den gesellschaftlich dabei vorausgesetzten Verwertungsbedingungen, also zwischen den kapitalistisch initiierten und den kapitalistisch kontrollierbaren Entwicklungen der Produktivkräfte, zunehmend asymmetrisch entwickelt. Die durch den kapitalistischen Verwertungsprozeß produzierte Kontingenz läßt sich durch die (wie immer auch sich zentralisierende) "Privatmacht" von Einzelkapitalen immer weniger beherrschen. - Das Problem der (nicht) beherrschbaren Kontingenz läßt sich jedoch erst auf der Basis des Konzepts der Autonomie des Einzelkapitals (vgl. unten III, 1.) theoretisch sinnvoll diskutieren. 1)

Ausgangspunkt des Kontingenzbegriffs ist also nicht eine phänomenologisch postulierte Beziehung zwischen "System" und "Umwelt", sondern die historische Analyse kapitalistischer Produktionsbeziehungen, die in der "Gesamtbewegung ihrer Unordnung ihr Ordnungsprinzip" finden. 2) 3)

Der innere Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktion wird gesichert über die Neutralisierung kontingenter Zusammenhänge, die Herstellung wechselseitiger Indifferenz ihrer Teile.

- 1) Vgl. zum Phänomen der kontingenten Beziehung zwischen Verwertung und Realisierung Sohn-Rethel, A., a.a.O., S. 32 ff.
- 2) Siehe Grundrisse, a.a.O., S. 409. Üblicherweise wird das "Kontingenzproblem" auf der Ebene des Staates, bei der Diskussion seiner Rolle als "Krisenmanagement" behandelt, mit dem u.E. zutreffenden Argument, der kapitalistische Staat sei objektiv unfähig, den Standpunkt eines Gesamtkapitalisten zu vertreten und Konflikte zwischen Kapitalfraktionen zu harmonisieren. (Vgl. hierzu Sauer, D., "Sozioökonomische Bestimmungsgrößen des staatlichen Handelns", unveröffentlichtes Manuskript, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, München 1973. - Bezogen auf staatliche Technologiepolitik, vgl. Rödel, U., "Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung", Frankfurt 1972).
- 3) Nicht geleistet werden kann eine explizite Gegenüberstellung von Systemtheorie (Luhmann'scher Prägung) und der Marx'schen politischen Ökonomie. Generell läßt sich sagen, daß alle zentralen Luhmann'schen Begriffe, Sinn, Komplexitätsreduktion, Kontingenzbewältigung, Grenzziehung, Autonomie, Reflexivität etc. Marx'sche Begriffe der Kritik in den Leistungsnachweis differenzierter gegenüber undifferenzierten Systemen verkehren. (Vgl. auch Tjaden, K.H., "Bemerkungen zur historisch-materialistischen Konzeption der Struktur gesellschaftlicher Systeme", in: "Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Theoriediskussion", hrsg. v. Mocijewski, F., Frankfurt/M. 1973 - sowie Altmann, N., Bechtle, G., "Betriebliche Herrschaftsstruktur und industrielle Gesellschaft", München 1971, S. 10 f.

Die Daten und Größen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses (von der Verteilung des Mehrwerts auf Sektoren und Einzelkapitale bis zur Quantität und Qualität gesellschaftlicher Arbeitskraft) sind das Ex-post-Produkt von Prozessen, die "hinter dem Rücken" der agierenden Subjekte bewußtlos ablaufen. Ihre Beherrschbarkeit reicht maximal so weit, als es für Einzelkapitale möglich ist, durch Veränderungen in ihren Verwertungsbedingungen eine Position zu erreichen, auf die hin gesellschaftliche Prozesse (in bestimmten konjunkturellen Ausprägungen z.B.) sich so auswirken, daß private Interessen im Prinzip (d.h. eben nicht für jedes Einzelkapital) befriedigt werden und zugleich Bedingungen gesamtgesellschaftlicher Problembewältigungen nicht verletzt werden.

Die Frage ist, wie Arbeit so organisiert und eingesetzt werden kann, daß mehr genutzt als bezahlt wird und zugleich Entwicklungsbedingungen der Kapitalakkumulation, deren Relevanz für Privatinteressen höchstens partiell transparent ist, im Sinne dieser Privatinteressen neutralisiert bzw. ausgenutzt werden können. Wie konkretisiert sich historisch in den Formen des Arbeitskräfteeinsatzes die Übereinstimmung zwischen "dem Wertgesetz und der Anarchie der Warenproduktion"? (Adorno).¹⁾

Unter den historischen Formen, in denen sich niederschlägt, ob und wie kontingente Bedingungen gesellschaftlicher Produktion bewältigt werden (Konzentrationsbewegungen, internatio-

1) Die Diskussion der Beziehungen zwischen der Durchsetzung des Wertgesetzes und den dabei entstehenden kontingenten Erscheinungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses kann hier nicht geführt werden. Nicht geleistet wird also eine theoretisch fundierte Herleitung jenes Zusammenhangs zwischen der Durchsetzung des Wertgesetzes auf der Ebene des "reellen, existierenden Kapitals", der zunehmenden "Veräußerlichung der Wertformen" und den Erscheinungsformen von Kontingenz (z.B. die Abweichung der Preise vom Wert u.a.). These dabei wäre, daß in der Bewegung der Wertformen (z.B. im Preis, aber auch im Lohn) die Kontingenz der Beziehung zwischen einzelkapitalistischer und gesellschaftlicher Wertschöpfung reguliert wird (Stichwort: Inflation als Kontingenzregulator).

nales Recht, staatliche Planungsinstrumente und Vorleistungen etc.), behandeln wir im Rahmen unserer spezifischen Fragestellung die Gestaltung von Technologie und Organisation von Produktionsprozessen und den Einsatz von Arbeitskraft als zentrale Bedingungen und Folgen einzelkapitalistischer Bestrebungen zur Neutralisierung kontingenter Bedingungen für private und gesellschaftliche Kapitalverwertung.¹⁾

Wir skizzieren zunächst:

- o die Bedingungen der Kontingenz des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und die Notwendigkeit, ihren Einfluß auf die Kapitalverwertung, auf die besondere Stellung eines Einzelkapitals im Gesamtprozeß hin zu kanalisieren, sie anzupassen oder sie indifferent zu halten (II.1.);
- o wir gehen dann auf die Bewältigung der Kontingenzen durch die Nutzung von Arbeitskraft und Technologie als den "elastischen Potenzen" des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ein (II.2. a); wir fragen danach,
- o wie diese Potenzen im unmittelbaren Produktionsprozeß gestaltet werden müssen, um sowohl die tendenzielle Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Bewertung der Arbeitskraft von ihrer Nutzung im Produktionsprozeß zu sichern, wie die Folgen der einzelkapitalistischen Gestaltung der Produktionsprozesse abzufangen (II.2. b);
- o die (in Kapitel I) genannten gesellschaftlichen Probleme der Verknappung von Arbeitskraft, der ("doppelten") Anpassung und der Legitimierung müssen in der Perspektive des Verhältnisses von Einzelkapital und Gesellschaft noch einmal bestimmt werden (II.3.).

1) Systematisch werden Versuche der Kontingenzbewältigung des gegenwärtigen Kapitalismus dargestellt in: Tsuru, S., "Has Capitalism Changed?", Tokio 1961, S. 197 f. All jene Formen der Sicherstellung eines verwertungsgerechten Arbeitseinsatzes, die auf einer direkten, nicht durch Technik und Organisation vermittelten Herrschaftsausübung beruhen, bleiben außerhalb unserer Betrachtung.

1. Neutralisierung von Voraussetzungen und Folgen der erweiterten Reproduktion durch das Einzelkapital

Konstitutives Prinzip des Kapitalismus ist es, das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis an den ökonomischen Produktionsprozeß der materiellen Reproduktion der Gesellschaft zu binden.

Die Stabilisierung des Kapitalverhältnisses wird abhängig von der Kontinuität des Akkumulationsprozesses. Was als "Primat der Ökonomie" bezeichnet wird - die "Sachzwänge" des Marktes, die "rationalisierte" Produktion, der "notwendige" Profit etc. - ist die strukturell erzwungene Aufrechterhaltung der Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit. Ökonomisches Wachstum durch privat gesteuerte Investitionen setzt eine asymmetrische Verteilung von Lohn und Profit voraus und verweist auf gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse. Nur auf Basis der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Wertprodukts wird die Produktion erweitert.

Das antagonistische Verhältnis von Kapital und Arbeit materialisiert sich im widersprüchlichen Steuerungsprinzip des materiellen Produktionsprozesses: Die Widersprüchlichkeit liegt darin, daß sich das Kapitalverhältnis als Einheit von Beschränkung und schrankenloser Erweiterung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, als gleichermaßen retardierendes Moment wie als Antriebskraft der Entwicklung der Produktivkräfte darstellt.¹⁾

Die Begrenzungen der Entwicklung der Produktivkräfte werden bestimmt durch die notwendige Arbeit, die den Tauschwert der Arbeitskraft begrenzt; den Tauschwert von Arbeitskraft, der den

1) Godelier unterscheidet hierbei zwischen zwei Kategorien des Widerspruchs: dem, der den Produktionsverhältnissen als antagonistische Beziehung zwischen Kapital und Arbeit immanent ist und dem zwischen den Strukturen des Produktionsverhältnisses und der Produktivkräfte, der als "Grundwiderspruch" bezeichnet wird. - Vgl. Godelier, M., "Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie", Frankfurt/Main 1972, S. 98 ff.

Produktionsumfang an Gebrauchswerten begrenzt; die notwendige Verwandlung der produzierten Waren in Geld, die das Austauschvolumen begrenzt.¹⁾

Diese den Wertzusammenhang der gesellschaftlichen Produktion regulierenden Größen, Strukturelemente des gesellschaftlichen Produktionszusammenhangs, sind zwar jeweils bestimmte, aber sie sind nicht bestimmbar: Ihr Verhältnis ist kontingent. Sie ergeben sich immer erst als Produkt, d.h. als durch Markt und Konkurrenz einregulierte oder - im entfalteten Kapitalismus - auch durch eine politisch "künstlich" gesteuerte Reaktion auf das mit der erweiterten Kapitalakkumulation verknüpfte Überziehen oder "Hinausschieben" der Grenzen. Sie stehen dem Einzelkapital nicht ex ante als Orientierungsgrößen der arbeitsteiligen Produktionsprozesse zur Verfügung; sie bedingen aber zugleich die Möglichkeiten seiner Autonomie (vgl. Kapitel III, 1.).

In der Perspektive unserer Fragestellung ist insbesondere die Grenze bzw. die Schwankungsbreite, bis zu der vom Einzelkapital unbezahlte Mehrarbeit eingesetzt werden kann oder muß, nicht bestimmbar. Unbestimmt ist, ob die im Akkumulationsprozeß eingesetzte Mehrarbeit ausreicht, um eine Mehrwertmasse zu produzieren, die für das vergrößerte Gesamtkapital eine entsprechend vergrößerte Profitrate abwirft. Ist dies nicht

1) Vgl. Grundrisse, S. 318 f; die Trennung der in der Wertperspektive identischen zweiten und dritten Aspekte legitimiert sich aus ihren unterschiedlichen historischen Ausprägungsformen.

Verzichtet werden muß auf eine Diskussion der auf Hegel zurückgehenden begrifflichen Unterscheidung zwischen "Grenze" und "Schranke", die zusammen mit einer Entfaltung des Wertbegriffes zu erfolgen hätte. (Vgl. z.B. Rosdolsky, R., "Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen Kapitals", Frankfurt 1968, S. 226 - Zu den entsprechenden Stellen bei Marx vgl. Grundrisse, a.a.O., S. 240 und S. 313 ff.). Speziell zum Grenzbegriff gilt, was oben generell zum Verhältnis zwischen Systemtheorie und Marx'scher Theorie angedeutet wurde. Deutet diese mit dem Begriff der "Grenze" ein Moment der Krisenhaftigkeit des Kapitals an, so ist für jene "Grenzsetzung" eine Systemleistung, die "Identifikationsleistungen" ermöglicht und Kontingenz "tragbar macht". (Vgl. Luhmann, N., in: Habermas, J., Luhmann, N., "Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie", Frankfurt 1971, S. 323.)

der Fall, droht Freisetzung von Arbeitskraft bzw. Rückgang der Investitionen. Die Überziehung der Bandbreiten, in denen die Steuerungsgrößen des Produktionszusammenhangs streuen können, kommt zum Vorschein als Überproduktion von Kapital, die als Unterkonsumtion oder als Überproduktion von Waren erscheinen kann, verbunden mit Kapitalentwertung und sinkenden Profitraten, was aber gleichzeitig Basis einer neuen Akkumulationswelle sein kann.

Produktion ist nicht unmittelbar Selbstverwertung des Kapitals. Die abstrakte Identität des Kapitals als Einheit von Produktion und Verwertung löst sich auf in die Verschiedenheit, die wechselseitige Äußerlichkeit zwischen der "im Produktionsprozeß gesetzten" und der "realen Verwertung". Historisch hat sich diese Verschiedenheit immer schärfer zum Gegensatz zwischen "Produktions- und Marktökonomie" entwickelt.¹⁾

Der immanente Widerspruch - das Kapitalverhältnis als Grenze wie als Ansporn der Entwicklung der Produktivkräfte - entwickelt sich in äußeren Gegensätzen zwischen der Warenproduktion, der Realisierung auf dem Markt und der Akkumulation von Kapital. Die Anpaßbarkeit dieses Prozesses an unterschiedliche und variable Verwertungs- und Realisierungskonstellationen des Einzelkapitals reicht so weit, als die Teile oder Phasen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in ihren unterschiedlichen Dimensionen durch das Einzelkapital und in seiner Perspektive indifferent gehalten werden können, ohne dadurch Gesellschaft selbst insgesamt vor unlösbare Steuerungsprobleme zu stellen (Neutralisierungsthese).

1) Es besteht "kein notwendiger, sondern nur ein zufälliger Zusammenhang zwischen dem Gesamtquantum der gesellschaftlichen Arbeit, das auf einen gesellschaftlichen Artikel verwandt ist und zwischen dem Umfang, worin die Gesellschaft Befriedigung des durch jenen bestimmten Artikel gestillten Bedürfnisses verlangt." (Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 197).

Vgl. hierzu insbesondere Sohn-Rethel, A., a.a.O. Begründung und Darstellung der "Gegensätzlichkeit" zwischen "Produktions- und Marktökonomie" scheinen uns hier einleuchtend und stringent. Dies gilt nicht für die Rethel'sche Schlußfolgerung, wonach hier historisch der Keim des Umschlagens der kapitalistischen Produktionsweise gelegt ist (vgl. unten Abschnitt 2. a).

Diese Indifferenz konstituiert sich als Verhältnis des Einzelkapitals zum Gesamtprozeß, ist Produkt einzelkapitalistischer "Strategien" (vgl. unten III. 2.). Instrumente und Formen der Neutralisierung werden bestimmt einmal durch die spezifischen einzelkapitalistischen Verwertungsbedingungen, zum anderen durch die Dimensionen des Reproduktionsprozesses, auf die sie sich beziehen, um Kontingenzen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu bewältigen.

Neutralisierenden Charakter haben z.B. zufällige, erzwungene oder strategisch angestrebte Diversifizierungen von Märkten oder Produkten, um Absatzrisiken zu kompensieren (etwa die Einbindung von pharmazeutischen und Kunstfaserbetrieben in einen Konzern oder die verstärkte Produktion von Kleinwagen in der Kfz-Industrie während der "Ölkrise" oder die Verteilung von Export- und Inlandsproduktion etc.).

Wir werden später darstellen, daß in der Herstellung der Indifferenz, der Neutralisierung, ein zentrales Prinzip der betrieblichen Organisation von Produktionsprozessen zu sehen ist (s.u. III. 3.).

2. Kontingente Beziehungen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und ihre Bewältigung durch die Gestaltung des Arbeitseinsatzes

a) Arbeitskraft und Technologie als "elastische Potenzen"

Wenn die Gestaltung des Verhältnisses zu "externen", in Marktphänomenen sich niederschlagenden Bedingungen der Verwertung problematisch wird, gewinnt die Sicherung der Verwertung von Kapital im Produktionsprozeß umso höhere Priorität.

In einem Betrieb mit schwacher Marktstellung z.B. können infolge hoher Komplexität und Verflechtung der internationalen Marktbeziehungen die Absatzmöglichkeiten in zeitlichen und räumlichen Dimensionen zunehmend unsicherer und intransparenter werden (dieselbe Konstellation kann für einen Betrieb mit einer anderen Verwertungssituation die Basis für die Bewältigung von Kontingenzproblemen sein). Ein solcher Betrieb ist z.B. auf interne Rationalisierung, Innovation zum Zweck der Senkung der Arbeitskosten u.ä. verwiesen, um Verwertungserfordernissen weiter gerecht zu werden.

Auf der anderen Seite: Je mehr die Verwertungsvoraussetzungen von Kapital über die Realisierung auf dem Markt, d.h. durch aktive Gestaltung der Absatzbedingungen gesichert werden sollen oder müssen, umso notwendiger wird es, den Produktionsprozeß an den Bedingungen des Marktes auszurichten.

Z.B. können durch Sortimentsbereinigung und Übergang zur Serienfertigung quantitative Anforderungen des Marktes besser befriedigt werden als durch Einzelfertigung, oder es können die technische Struktur des Produktionsprozesses durch extreme Arbeitszerlegung und die Einsatzmöglichkeiten von Arbeitskraft durch Anforderungsnivellierung so flexibel gestaltet werden, daß zeitlichen Schwankungen von Märkten entgegengekommen werden kann.

Die Stabilisierung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, der unter den genannten Bedingungen seiner Kontingenz (Abschnitt 1) in den Beziehungen zwischen seinen verschiedenen Teilen und Phasen dennoch kontinuierlich wachsend - synchron, proportional, gleichgewichtig - ablaufen soll, wie auch die einzelkapitalistische Verwertung wird letztlich auf die beiden "elastischen Potenzen" (Marx) des Produktionsprozesses, nämlich auf Arbeitskraft und Technologie bzw. Wissenschaft verwiesen.¹⁾

Die beiden wichtigsten Erscheinungsformen kontingenter Kapitalverwertung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, nämlich konkurrenzbedingte Kapitalentwertungen und Chancen der Erzielung von Extraprofit sowie marktbedingte Realisierungsengpässe und das Auftauchen neuer Realisierungs- und Erweiterungschancen, zwei Formen, die quasi stellvertretend für die Kontingenzen des Kapitalverhältnisses selbst auftreten, können

1) Es wird zu zeigen sein, daß es ein eigentümliches Prinzip betrieblichen Handelns ist, "externe" Bedingungen in solche zu transformieren, die im Produktionsprozeß gestaltbar sind. Vgl. hierzu Kapitel III, 3. Vgl. zu dieser These von der Zentralität des Produktionsprozesses unter dem Aspekt seiner arbeitsorganisatorischen Gestaltung mit dem Zweck, Qualifikationsanstieg infolge neuer Technologien zu bremsen bzw. rückgängig zu machen, auch SOFI, "Produktion und Qualifikation", Göttingen 1973, S. 101 ff.

bewältigt (neutralisiert) bzw. genutzt werden durch unmittelbare oder technisch-organisatorisch vermittelte Veränderungen qualitativ und quantitativer Verfügbarkeit von Arbeitsvermögen und die Form seiner Nutzung im Produktionsprozeß.

Wahrnehmung von Realisierungschancen und Kompensation von Realisierungsrisiken verlangen elastische Formen der Nutzung von Arbeitsvermögen. Mangelnde Realisierungschancen auf dem Markt wirken sich genau so wie neu auftretende Verwertungschancen durch technologische Innovationen auf die Nutzung des Arbeitsvermögens aus:

Sowohl Realisierungsprobleme wie Verwertungschancen werden bewältigt durch Intensivierung in Kombination mit Arbeitskräftefreisetzung einerseits, durch Intensivierung in Kombination mit zusätzlichem Einsatz von Arbeitskraft andererseits; einmal, um den drohenden Rückgang an Profit durch höhere Auslastung einer geringeren Zahl von Arbeitskräften hinauszuschieben, zum anderen, um einen vorübergehend erreichten, noch nicht verallgemeinerten Produktivitätsvorsprung maximal in Form von Extraprofit zu nutzen und durch Arbeitsintensivierung und/oder extensiven Einsatz von Arbeitskraft ein tendenziell vergrößertes Kapital möglichst schnell zu verwerten. Der Druck auf Intensivierung oder Extensivierung bei Produktivitätsvorsprung wird um so stärker, je schneller und intransparenter kapitalentwertende Innovationen auftreten, Konkurrenzvorsprung schließlich nur noch durch Herstellungskosten senkende Innovationen möglich ist. Technisch-organisatorische Veränderungen bzw. Wissenschaft als Produktivkraft werden dann zentrale Voraussetzungen des Mehrwerts. Um den Profitratenfall zu verhindern, wird dann aber ein verlangsamtes Wachstum des konstanten Kapitals bei intensiver Ausnutzung der formal nicht ausdehnbaren Arbeitszeit und/oder relativ geringe Erhöhung der Qualifikation notwendig.¹⁾

1) Der Beherrschung der Dimension, in der Gratifikation sich ausdrückt (Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit, Lohnhöhe etc.) kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Der elastische Einsatz von Arbeitskraft erhält tendenziell einen neuen Stellenwert, wenn der Anteil am eingesetzten Gesamtkapital bereits soweit reduziert ist, daß eine Ausdehnung oder Steigerung der Wertschöpfung immer weniger vom Quantum der eingesetzten lebendigen Arbeit abhängt. Produktivitätssteigerung beruht dann nicht mehr auf der Ausschaltung bezahlter Arbeitskraft, sondern auf dem verbesserten Verhältnis der gesamten eingesetzten lebendigen und vergegenständlichten Arbeit zum Ausstoßvolumen (Notwendigkeit der Kapazitätsauslastung).

b) Kontingenz von Arbeitskräfteeinsatz und Beherrschung des Produktionsprozesses

(1) Wir müssen zunächst einige bisher behandelte Argumente zusammenfassend aufgreifen:

(a) Die qualitative Differenz zwischen Nutzung und Bewertung der Arbeitskraft (vgl. I.1.) stellt sich unter den Bedingungen des Vermarktungszwangs der Produkte als quantitative Differenz zwischen den Produktionskosten und den Warenpreisen dar.¹⁾

(b) Die Einheit von Produktion und Verwertung zerfällt in Sektoren und Phasen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die untereinander kontingent sind (vgl. II. 2.a).

(c) Daraus folgt, daß auch der Zusammenhang zwischen den gesamten Produktionskosten, also einschließlich der direkten Arbeitskosten und eines eventuellen Entwicklungs- und Innovationsaufwands, und den erzielbaren Warenpreisen nicht zwingend ist. Die Aufspaltung der unmittelbaren Einheit des Austausches eigener gegen fremde Produkte in den Gegensatz von Kauf und Verkauf macht die Beziehung zwischen Produktion und der Realisierung der produzierten Werte auf dem Markt offen. Damit wird die genannte Differenz unbestimmt. Ihre quantitativen Ausdrucksformen stehen nicht ex ante als Plandaten zur Verfügung (Produktionskosten, Verkaufserlös, Zirkulationsfristen etc.).

1) Dabei wirksame Transformationsprozesse können hier nicht behandelt werden. Vgl. Fußnote 1) S. 23.

(d) Die Herstellung der Differenz zwischen Nutzung und Bewertung von Arbeitskraft ist Voraussetzung und Resultat einzelkapitalistischer Bewältigung gesellschaftlicher Kontingenzerrscheinungen (II.1.).

(e) Die Herstellung dieser Differenz muß sich ausrichten an gesellschaftlich gegebenen Problemen aus dem kontingenten Produktionsprozeß, an vom Einzelkapital nicht unvermittelt beeinflussbaren Dimensionen, wie Zirkulationsdauer, Nachfrageveränderungen, technologische Innovationen etc.

(f) Die Dimensionen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses können sich je nach der Art des Produkts und der technisch-organisatorischen Ausstattung des unmittelbaren Produktionsprozesses auf Nutzungsdauer und Form des Arbeitsvermögens auswirken. Ob und wie weit damit eine Veränderung des Gebrauchswerts von Arbeitskraft verbunden ist, hängt von der "Qualität" der eingesetzten Arbeitskraft ab. (Qualifikationsbreite, Altersstruktur, physische Anforderungen etc.); wird die Qualität verändert, so kann damit auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Bewertung der eingesetzten Arbeitskraft verbunden sein. Wir bezeichnen diesen Zusammenhang als Problem des Durchschlagens von Verwertungsbedingungen auf den Arbeitskräfteeinsatz.

(g) Damit ist die Nutzung des Arbeitsvermögens Bedingungen unterworfen, die nur partiell transparent und planbar sind: Der Einsatz von Arbeitskraft wird selbst kontingent.

(2) Die notwendige Bestimmung der Arbeit als Voraussetzung wertschöpfender Nutzung von Arbeitskraft gelingt aber um so eher als das Durchschlagen kontingenter Bedingungen der Nutzung von Arbeitskraft verhindert werden kann.

(a) Über die Anpassungsfähigkeit des Produktionsprozesses, seine technisch-organisatorische Gestaltbarkeit kann - im Sinne des Einzelkapitals - der kontingente Zusammenhang

zwischen Produktion, Zirkulation, Konsum, Reinvestition beherrschbar gemacht werden. Es sind zwei Folgerungen festzuhalten:

- Der Produktionsprozeß ist aufgrund seiner Anpaßbarkeit, technisch-organisatorischen Gestaltbarkeit zentraler Bereich für die Bewältigung von Verwertungsproblemen auf der Ebene des Einzelkapitals (These von der Zentralität des Produktionsprozesses, vgl. hierzu noch unten III.).
- Zentrale Bestimmungsgröße der technisch-organisatorischen Prozeßgestaltung ist es, kontingente Verwertungs- und Realisierungsbedingungen abzufangen und sie nicht unmittelbar¹⁾ auf die quantitative und qualitative Verausgabung von Arbeit im Produktionsprozeß durchschlagen zu lassen. (Wir bezeichnen dies als These der Tendenz zur Neutralisierung von Kontingenz durch Gestaltung des Produktionsprozesses).

Hinsichtlich der Nutzung von Arbeitskraft bedeutet dies, daß die Bestimmung von Arbeitshandeln unter Bezug auf die vom Einzelkapital beherrschten Dimensionen des Produktionsprozesses (Produktvariabilität, Rhythmus, etc.) erfolgt, insofern das Erfordernis unmittelbarer und offener Reaktion des Arbeitshandelns auf durchschlagende externe Bedingungen ausgeschaltet wird. Soweit die externen Bedingungen der Verwertung nicht durch Beherrschung des Produktionsprozesses abgefangen werden können, ergeben sich Anforderungen an konkrete menschliche Arbeit, die auf die Aufrechterhaltung des kooperativen Arbeitsprozesses gerichtet sind und nicht dem

1) Nicht "unmittelbar" heißt hier, daß nicht behauptet wird, externe, dem Gesamtprozeß zugehörige Entwicklungen hätten keinen Einfluß auf den unmittelbaren Produktionsprozeß des Einzelkapitals. Gemeint ist vielmehr der Versuch, solche Einflüsse zu kontrollieren, sie in Technologie und Organisation zu "übersetzen".

Prinzip des Verwertungsprozesses nach Ausdehnung abstrakter, die konkreten Merkmale des Produkts, der Arbeitsmittel, kurz der Elemente des Arbeitsprozesses negierender (Mehr-)Arbeit unterworfen werden können.

So wie die Nutzung von Arbeitskraft unter dem Aspekt der Bewältigung bzw. Nichtbewältigung von Kontingenz betrachtet werden muß, so die Bewertung von Arbeitskraft. Diese muß gesellschaftlichen Funktionserfordernissen (die selbst historisch und interessenbezogen zu bestimmen wären) - dem notwendigen Konsumpotential, auf gesellschaftliche Produktivitätssteigerung bezogene, notwendige Allokationsprozesse von Arbeitskraft, auf den Legitimationsbedarf einer "Leistungsgesellschaft" ausgerichteten Bewertungsdifferenzierung etc. unterworfen werden.¹⁾

Hier nicht weiter begründbar und nur als Problem ausgewiesen: Die Bewertung von Arbeitskraft dient als Steuerungsinstrument gesellschaftlicher Kontingenzbewältigung (vgl. hierzu unten III. 1. b), was allerdings nur auf einem bestimmten Niveau der Differenz zwischen der erreichten volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und dem Reproduktionsaufwand der Arbeitskraft möglich wird und an ihre Aufrechterhaltung, auch mit dem Mittel der Inflation bzw. dem Preis des Risikos der Stagflation, gebunden bleibt. In diesem Bezug erscheint die These, Machtauseinandersetzungen um die Wertrelation zwischen Kapital und Arbeit 2) unterlägen öko-

- 1) Vgl. zu den verschiedenen Ansprüchen einer dem Leistungsprinzip unterworfenen Gratifikation der Arbeitskraft insbesondere Offe, C., "Leistungsprinzip und industrielle Arbeit", Frankfurt/Main, 1970, S. 45 ff.
- 2) Es ist eines der offenen und zentralen Probleme der Diskussion des Arbeitswertgesetzes, ob die Verselbständigung der Wertformen und ihre "Vermachtung" die Wirksamkeit des Wertgesetzes außer Kraft setzt oder selbst noch auf der Basis einer Theorie der Verdinglichung, also letztlich doch aus der Wertlehre erklärt werden muß. Vgl. z.B. Habermas, J., Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus, Frankfurt/Main, 1973, S. 76 f: "Wie und in welchem Maße über ökonomische Prozesse Macht ausgeübt und Exploitation sichergestellt wird, hängt ... heute von konkreten Machtkonstellationen ab, welche nicht mehr durch einen autonom wirksamen Mechanismus des Arbeitsmarktes vorgeentschieden ist." Habermas ist entgegenzuhalten, daß ein Ausschalten des Arbeitsmarkts, tendenzielle Loslösung der Herrschaft vom Marktmechanismus noch nicht gleichbedeutend sein muß mit dem Außerkraftsetzen des Wertgesetzes. Diese Bemerkung kann eine weitergehende Auseinandersetzung mit der von neomarxistischen Theorien bisweilen vertretenen These, die zeitliche Kontinuität der Kapitalverwertung werde nicht länger durch die Kontinuität des Wertmaßstabes, sondern durch die Kontinuität der "Klassenherrschaft selbst" gesichert, natürlich nicht ersetzen.

nomischen Sachzwängen berechtigt, weil diese Sachzwänge selber Ausfluß der Reproduktion der Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit sind. 1)

Diese Entwicklung wirkt sich auf das Kapitalverhältnis ambivalent aus: Auf der einen Seite muß die reelle Subsumtion der Arbeit unter den Produktionsprozeß legitimatorische und machtmäßig durchgesetzte Variationen ihrer Formen berücksichtigen, z.B. Begrenzungen der Parzellierung der Arbeit oder zumindest Mechanismen zu ihrer Kaschierung; andererseits erweitert sich der Spielraum der Machtauseinandersetzung mit einem erweiterten, differenzierteren Gratifikationsinstrumentarium. Dies wiederum hat insbesondere zur Folge, daß das generelle Prinzip der Gestaltung des Kapitalverhältnisses, wonach Einsatz und Bewertung von Arbeitskraft unabhängig voneinander bestimmt, d.h. unterschiedlichen Gesichtspunkten der Nutzung und Wertschöpfung bzw. der Reproduktion und Legitimation untergeordnet werden sollen, elastischer durchgesetzt werden kann. Schließlich erhöht sich damit insgesamt das Potential an Kontingenzbewältigung, weil Gratifikations- und Einsatzgestaltung als sich wechselseitig entlastend angewandt werden können: Arbeitsorganisationsprobleme (auf deren Genese im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird) müssen nicht zwangsläufig durch neue Einsatzformen bewältigt werden, sondern lassen sich mittels Veränderungen der Höhe, der Kriterien, der Zusammensetzung der

-
- 1) Denkbar wäre eine kollektive Vertretung der Arbeit, die an der Nichtlösung von Kontingenzen für bestimmte Sektoren von Einzelkapital orientiert wäre, Disparitäten herstellen möchte, damit wirtschaftspolitische Effekte schaffen könnte. Die prinzipielle Asymmetrie des Kapital-Arbeits-Verhältnisses setzt jedoch dafür einen grundsätzlichen Beitrag zur Kontingenzbewältigung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß voraus, weil die skizzierte Machtauseinandersetzung grundsätzlich Wachstum des Gesamtprozesses erfordert und zwar sowohl hinsichtlich der Durchhaltefähigkeit einer solchen Politik wie hinsichtlich der - historisch kaum reversiblen - Legitimierungserfordernisse: Damit ist auch z.B. eine bestimmte Verteilung von Löhnen und Profiten nur in begrenzten Spannweiten variabel, die durch gesamtwirtschaftliche Konsum- und Investitionserfordernisse bestimmt sind.

Gratifikationen lösen. Umgekehrt kann Bewertungsansprüchen begegnet werden, indem Einsatzformen neu organisiert werden.

Grundsätzlich ist für den Zusammenhang zwischen Einsatz und Bewertung von Arbeitskraft allerdings davon auszugehen, daß i.S. der Ausdehnung von Mehrarbeit (was sich z.B. auch in der Minimisierung des Herrschaftsaufwandes ausdrücken kann) minimale Einsatzveränderungen mit maximalem Leistungs- und Legitimationseffekt (Selbstbestimmung von Arbeitspausen, Ausschalten von personellen Kontrollmaßnahmen, Synthetisierung von Arbeitsoperationen, etc.) angestrebt werden sowie minimale, an den gleichen Effekten orientierte Bewertungsveränderungen (Urlaubsgeld, "Treueprämien", Erschwerniszulagen, etc.).

(b) Bei der Frage nach der Entwicklung der kontingenten Beziehungen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß ist weiter davon auszugehen, daß wertmäßige wie stoffliche Interdependenzen sowohl zwischen Produktionsprozessen wie zwischen Märkten wachsen.¹⁾

Daraus ergibt sich für den Arbeitskräfteeinsatz im unmittelbaren Produktionsprozeß, daß dieser sich orientieren muß an wachsenden Abhängigkeiten von anderen Produktionsprozessen und deren Abhängigkeit von wechselnden Verwertungs- und Realisierungsbedingungen, sowie den dort realisierten Arbeitsformen.²⁾

- 1) Auf darauf bezogene Veränderungen der Konkurrenzformen (die verschiedenen Formen zunehmender Zentralisierung) sowie auf diese Interdependenzen sich richtende staatliche Interventionen kann hier nicht eingegangen werden.
- 2) "Integrale Produktivität" als Ausdruck dieser Interdependenz (vgl. z.B. Richta, R. und Kollektiv, "Zivilisation am Scheideweg" (Richta-Report), 2. Auflage, Prag 1968, S. 18) impliziert z.B., daß der Gesamteffekt von technischem Fortschritt immer weniger von der Summe der Einzeleffekte verschiedener Prozesse, sondern in wachsendem Maße von den "Proportionalitäts- und Substitutionseffekten" zwischen Produktionsprozessen und Prozeßresultaten, abhängt. So z.B. die Abhängigkeit des "Werts" der Erdölproduktion von den Arbeitsfreisetzungen bei der Produktion von Kohle und den dadurch entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten, die in einem marktwirtschaftlichen System als "externe Kosten" der Erdölproduktion verrechnet werden, die die Arbeitskräfte direkt oder politisch vermittelt zu tragen haben, wodurch die Folgewirkungen der Interdependenz umverteilt werden und weder direkt noch in vollem Umfang das Einzelkapital treffen.

So z.B. beim Arbeitseinsatz mit Folgen für wachsende oder sinkende Qualifikationserfordernisse, Freisetzung u.ä. in Prozessen, die aufgrund der Entwicklung in anderen Bereichen, etwa der Produktion von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, ihre eigenen Produktionsprozesse rationalisieren können, wobei wiederum offene Formen der Arbeitsorganisation für diese Rationalisierungen gegeben sind. 1)

Die Kontingenz des Arbeitskräfteeinsatzes wächst mit diesen wachsenden Abhängigkeiten und erfordert zugleich wachsende Offenheit der Nutzung des Arbeitsvermögens durch Gestaltung der Produktionsprozesse.

(c) Was von uns als generelle Notwendigkeit in der Gestaltung des Arbeitseinsatzes bezeichnet wurde, nämlich die gleichzeitige Sicherstellung von Bestimmtheit und Offenheit von Arbeit (s.o. Kapitel I), stellt sich nunmehr dar als Ergebnis des Zusammenhangs zwischen der Prozeßgestaltung und dem Arbeitskräfteeinsatz. Veränderungen technisch-organisatorischer Arbeitsbedingungen im Produktionsprozeß können weder die konkreten Formen menschlicher Arbeit noch den gesellschaftlichen Wert der Arbeitskraft determinieren. Determinierung würde der Bewältigung von kontingenten Beziehungen zwischen verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion zuwiderlaufen. Die Anpassung der Qualifikation der Arbeitskraft darf sich nicht ausschließlich und kurzfristig an den aktuell gegebenen Einsatz- und Nutzungsbedingungen orientieren, sondern muß sich an Technik und Organisation als prozeßhaften Instrumenten der Kontingenzbewältigung ausrichten und die Beziehungen zwischen der Arbeitskraft und ihrem Arbeits-

1) Vgl. hierzu Schultz-Wild, R. und Wetz, F., "Technischer Wandel und Industriebetrieb", Frankfurt/M. 1973 sowie Roedel, U., a.a.O., S. 176 ff. Zur Beziehung zwischen Prozeßinterdependenz und Arbeitsqualifikation vgl. auch Lutz, B., "Modelluntersuchung eines regionalen Arbeitsmarkts", RKW-Projekt A 44, hektographierter Bericht des ISF, München 1973.

vermögen offen halten.¹⁾

Die Bewältigung von kontingenten Ereignissen in der Produktions- und Marktsphäre, die sich in der technisch-organisatorischen Beherrschung des Produktionsprozesses und in der Organisation der Märkte niederschlagen (überspitzt formuliert als "Planung des Zufalls", vgl. auch Kapitel III.1.), sowie krisenhafte Erscheinungen unbewältigter Kontingenz in Form der Unterbrechungen des Akkumulationsprozesses, scheinen für die Stabilisierung des asymmetrischen Tauschverhältnisses nutzbar. Gelingt die Beherrschung des Produktionsprozesses, so bleiben auch die Chancen der Einlösung von gesellschaftlichen Bewertungsansprüchen (Erwartungen der Arbeitskräfte) von der Unterwerfung unter die einzelkapitalistischen Bestimmungen der Arbeit abhängig. Dies gilt aber ebenso, wenn durch die Steuerung der technisch-organisatorischen Zusammenhänge des Produktionsprozesses Bestimmung und verwertungsgerechte Nutzung des Arbeitsvermögens nicht gelingt: Hier erhöht sich sowohl das Risiko der Arbeitskräfte, ihr Arbeitsvermögen nicht mehr nutzen zu können, wie auch das ihrer Nutzung unter tendenziell beliebigen Arbeitsbedingungen, was wiederum die Chancen der Kontingenzbewältigung vergrößern kann.²⁾

- 1) Tatsächlich festgestellte Ähnlichkeiten von Arbeitsformen und Arbeitsorganisation in "ähnlichen" oder gleichartigen Produktionsprozessen (vgl. hierzu für Raffinerien etwa SOFI Göttingen, "Zum Verhältnis von technischem Wandel und Sozialverfassung", Zwischenbericht für die DFG, 1971) erweisen sich so in einem wesentlich ausgeweiteten theoretischen Konzept als Ausdruck des gleichen Problemlösungsprinzips bei Produktionsprozessen mit ähnlichen Verwertungsproblemen des Einzelkapitals und ähnlichen Interdependenzen mit anderen Produktionsprozessen und Marktzusammenhängen. So in den Beispielen von SOFI die bedeutsame Rolle des Produktionsmittelmarkts bzw. der dort verfügbaren Technologien, die internationale Verflechtung der Mineralölkonzerne usw. Der Verweis auf das "Rentabilitätsprinzip" als Bedingung für den "ähnlichen" Arbeitskräfteeinsatz reicht nicht aus. Differenzierter ist bereits die Darstellung dieses Zusammenhangs in "Produktion und Qualifikation", a.a.O., S. 102 f.
- 2) Insbesondere an dieser Stelle bleiben i.e.S. politische und gesetzliche Maßnahmen, die auf "Arbeitsplatzsicherheit" abzielen, außer Betracht. Machtasymmetrie scheint, solange vom "crisis management" das Krisenproblem beherrscht wird, doppelt abgesichert.

Beide Auswirkungen implizieren Probleme für die gesamtgesellschaftliche und die einzelkapitalistische Nutzung der Arbeitskraft, die im folgenden Abschnitt umrissen werden.

3. Probleme in der Beziehung zwischen Produktionsprozeß und Arbeitskräfteeinsatz

(1) Der Versuch zur Sicherung eines verwertungsgerechten Arbeitseinsatzes (betrachtet auf dem Abstraktionsniveau des Einzelkapitals) führt notwendig zu Problemen auf gesellschaftlicher Ebene, die sich aus der Nichtberücksichtigung des gesellschaftlichen Charakters der lebendigen Arbeit (der eigenen Mehrwertquelle), d.h. aus der "bornierten" Perspektive des Einzelkapitals, die sich nur auf die zu bezahlende notwendige Arbeit, ungeachtet der gesellschaftlichen Gesamtarbeit richtet, ergeben.

Diese in den vorhergehenden Abschnitten jeweils schon angerissenen Zusammenhänge sollen jetzt noch einmal akzentuiert werden, ohne daß eine Ausarbeitung im Detail versucht wird.

(a) Je höher das Wertschöpfungs- bzw. Nutzungspotential der Arbeitskraft für einzelkapitalistische Verwertung, desto höher der Anspruch auf maximale Verfügbarkeit über Arbeitskraft. Dieser Anspruch wird vom Einzelkapital unabhängig von der gesellschaftlichen Bereitstellung/Verfügbarkeit von Arbeitskraft und dem dazu notwendigen gesellschaftlichen Aufwand erhoben. Das Einzelkapital steht damit auch den Verfügungsansprüchen aller anderen Kapitale über Arbeitskraft indifferent gegenüber.

Ferner ist davon auszugehen, daß die Erhöhung der Differenz zwischen Wert und Gebrauchswert von Arbeitskraft sich in höheren Mehrwerttraten ausdrückt und damit die Bestrebungen des Einzelkapitals verstärkt, durch extensiven Einsatz von Arbeitskraft auch die Masse des Mehrwerts zu vergrößern.

Ist weiterhin die Differenz zwischen dem Wert des variablen Kapitals und dem konstanten Kapital hoch, so tendiert das Einzelkapital dazu, den Einsatz von Kapital durch den von Arbeit zu substituieren bzw. relativ zu vergrößern. (Z.B. durch Verlagerung der Produktion in Länder, die billige Arbeitskraft zur Verfügung stellen).

Diese Tendenzen implizieren das Problem der Verknappung an Arbeitskraft.

(b) Einer der zentralen Momente zur Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Wertschöpfung und Wert ist die Gestaltung von

-
- 1) Theoretische Begründung und Stellenwert dieser Verknappungsthese sind zweifellos problematisch. Die Frage, um die es dabei geht ist, ob es sich beim Phänomen der Verknappung der Arbeitskraft um ein (nur) historisches oder (auch) strukturell bedingtes, der Bewegung der erweiterten Kapitalakkumulation immanentes Problem handelt. Wir tendieren zu einer strukturell genetischen Begründung ohne damit einen Gegensatz zur historischen Analyse konstruieren zu wollen (vgl. zum Verhältnis der beiden Forschungsmethoden: Zelený, J., "Die Wissenschaftslogik und das Kapital", Frankfurt/Main 1970, Kapitel 6 f). Diese Begründung muß - andeutungsweise - mit Hilfe der bereits dargestellten Subsumtionsthese geleistet werden. Danach impliziert das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise in vor- oder außerkapitalistische Produktionsbereiche ein sukzessives Aufsaugen industrieller Reservearmeen, die aber historisch gleichzeitig immer Voraussetzung erweiterter Kapitalakkumulation zu sein scheinen. Darüberhinaus muß man davon ausgehen, daß parallel mit der Subsumtion der Arbeitskraft unter die Wertgesetzlichkeit des Kapitals (s.o. Kapitel I) sich das Reproduktionsverhalten der Arbeitskräfte im Sinne des Kapitals ökonomisiert, d.h. ein generatives Verhalten mit Verknappungsfolgen produziert. Diese Verknappungstendenzen beziehen sich auf das "Kapital im allgemeinen" und sagen noch nichts über Knappheitsprobleme für besondere Einzelkapitale aus, die aber tendenziell alle aufgrund ihrer wechselseitigen Indifferenz davon betroffen sind. In welchen Relationen und Mischungsverhältnissen sich "Reservearmee" und "Verknappung" darstellen, ist nur historisch festzumachen. Welche Konsequenzen die Ableitung zweier widersprüchlicher Tendenzen aus der Wertlehre bzw. der Subsumtionsthese für diese selbst hat, kann hier nicht diskutiert werden. Wir vermuten, daß die Knappheitsthese einen ähnlichen theoretischen Stellenwert wie das "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" hat, d.h. zwar strukturell angelegt ist, aber historische Ausdrucksformen nur bestimmt werden können, wenn die Wirksamkeit der "entgegen wirkenden Ursachen" berücksichtigt wird.

Technologie und Organisation als den Einsatzbedingungen von Arbeit. In diesem Gestaltungsprozeß ist das Einzelkapital bestrebt, die neue Nutzung der Arbeitskraft in den neuen technisch-organisatorischen Formen auf der Basis der alten Qualifikationen durchzuhalten, neue Anforderungen unausgesprochen zu lassen, verdeckt zu halten¹⁾ und der elastischen Bewältigung durch die eingesetzten Arbeitskräfte zu überlassen. Zumindest versucht das Einzelkapital, neue Qualifikationen durch Einsatz von Arbeitskraft zu erfüllen, die durch andere Kapitale darauf vorbereitet sind, die ihrerseits aber unter dem gleichen Interesse Arbeitskraft einsetzen und spezifisch ("selbstbezogen", vgl. III.1.) nutzen.

Verknüpft mit den Bedingungen der Verknappung ergeben sich für alle Kapitale damit Probleme der Anpassung von Arbeitskraft an die Einsatzbedingungen. (Oder, wenn man die These vom Instrumentcharakter von Technik und Organisation zur Problembewältigung einführt - vgl. Kapitel II.2. - Probleme der Anpassung von Einsatzbedingungen an die verfügbare Arbeitskraft. - (Doppelte Anpassung).

(c) In dem Maße, in dem die Nutzung von Arbeitskraft sich erhöht bzw. durch Bewältigung von Knappheit und Anpassung in der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen sichergestellt wird, erhöht sich tendenziell die gesellschaftliche Bewertung von Arbeitskraft. Diese Bewertung geht zeitverscho- ben in die Erwartungen der Arbeitskräfte an ihre Gratifizierung (bzw. an ihre Arbeitsbedingungen) ein.

Diese Erwartungen richten sich auch auf Leistungen, die nur vermittelt über gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge sichtbar oder greifbar werden:

Abfangbarkeit von Freisetzungen durch alternative Vermarktung individueller Arbeitskraft; Absicherung vor sozialen Risiken inklusive des Qualifikationsverlustes; höhere Verfügungsmöglichkeit über öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur (vgl. hierzu auch Kapitel III. 1.b).

1) Es sei denn, es geht darum, durch ein betontes Hervorheben neuer Qualifikationsanforderungen leistungsschwächere (ältere) Arbeitskräfte auszuschalten.

Sobald solche Erwartungen, insbesondere unter den Bedingungen von Knappheit und Anpassungserfordernis, politisch durchsetzbar werden, entstehen Probleme der gesellschaftlichen Legitimation der Formen des Arbeitskräfteeinsatzes.¹⁾

(2) Diese abstrakt, auf der Ebene theoretischer Zusammenhänge, formulierten Probleme haben ihre historische Entsprechung, ihre inhaltliche Ausfüllung, die in zwei Perspektiven zu sehen sind:

- o Einmal stellen sie sich gesellschaftlich z.B. als konkreter Mangel an Arbeitskraft, als Bildungsproblem, als Humanisierungsproblem von Arbeit bzw. deren jeweiligen politischen Ausformulierungen dar;
- o zum anderen erscheinen sie in der Gestaltung des Verhältnisses von Einzelkapital zur Gesellschaft (was wir später als "Betrieb" bestimmen werden) stets in Verbindung und gebrochen durch andere, nicht in bezug auf Arbeitskräfte gefaßte Verwertungsprobleme (Marktausdehnung, Verbesserung der Produktqualitäten, Innovationsdruck, Entwertungsgrad des Kapitals, Dauer und Zyklus der Zirkulation etc.). D.h., daß auf historisch-konkreter Ebene Knappheits-, Anpassungs- und Legitimationsprobleme stets spezifischer und komplexer zugleich zu fassen sind.

Dabei ist, im Vorgriff auf unsere Diskussion der Beziehung zwischen Einzelkapital und Gesellschaft festzuhalten, daß die Ausformung, die konkrete Bestimmung der Probleme selbst abhängt von den Autonomiebestrebungen des Einzelkapitals (bzw. von betrieblichen Interessen). Grundsätzlich erfordert die Sicherung der Autonomie (vgl. Kapitel III.1.) die Möglichkeit, Probleme in der Perspektive des Einzelkapitals so zu definieren, daß sie unter seinen spezifischen Bedingungen lösbar werden.

1) Probleme, die mit der räumlichen Dislokation von Arbeitskraft verbunden sind, bleiben bei uns unberücksichtigt.

Kapitel III:

Autonomie, Strategie, Betrieb

Wir behandeln im folgenden Autonomie im Einsatz von Arbeitskraft als notwendige Bedingung des Einzelkapitals, als eine Form der Beziehung des Kapitals zu den gesellschaftlichen Bedingungen seiner Verwertung. Gesellschaftliche Prinzipien zur Sicherung dieser Autonomie schlagen sich auf konkreter Ebene in Prozeß und Institution von "Betrieb" (und deren Veränderung) nieder; das, was "Betrieb" ausmacht, läßt sich hierüber erst analytisch relevant bestimmen.

Beim Übergang von der Ebene des abstrakten Kapitals auf die Ebene des "existierenden reellen Kapitals" kann man nicht auf den traditionellen soziologischen Begriff von "Betrieb" zurückgreifen; vielmehr wäre dieser Begriff neu zu fassen aus dem Postulat nach der Bestimmung der entwickelten Zusammenhänge auf konkreter Ebene.

Wir gehen im folgenden von drei Annahmen aus:

(1) Autonomie¹⁾ des Einzelkapitals ist die Voraussetzung dafür, daß - hier: im Arbeitskräfteeinsatz - die Beziehung zum gesellschaftlichen Produktionsprozeß so gestaltet werden kann, daß die Grenzen der Verwertungs- und Realisierungsmöglichkeiten offen bleiben oder erweitert werden. Diese Offenheit ist zugleich die Basis für die Bestimmung und Bewältigung der Kontingenz der gesellschaftlichen Verwertungs- und Realisierungsbedingungen in der Perspektive des Einzelkapitals, wobei gegebene gesellschaftliche "Organisationsprinzipien"²⁾ bewahrt werden, ohne daß gesellschaftliche Kontingenz aufgehoben würde (Abschnitt 1).

1) Für den hier benutzten Begriff der Autonomie gilt in Abgrenzung zum systemtheoretischen Begriff dasselbe, was zum Begriff der Kontingenz angemerkt wurde (Kapitel II, Vorspann).

2) Habermas, J., "Legitimationsprobleme", a.a.O., S. 30 f. und Fußnote 3) S. 16).

(2) Auf die Erhaltung, Ausdehnung und Bewältigung dieser in einzel- und gesamtkapitalistischer Perspektive unterschiedlichen Möglichkeiten der Kapitalverwertung beziehen sich Strategien und Prinzipien, die auf die maximale Nutzung von Arbeitskraft gerichtet sind (in einem Minimum an Zeit zur Verwertung eines Maximums an Kapital, bei Aufrechterhaltung gesellschaftlich legitimer "Grenzen") und deren Objekte entweder unmittelbar die Arbeitskraft oder die Bedingungen ihres Einsatzes, also insbesondere der Produktionsprozeß bzw. seine Organisations- und Herrschaftsstruktur sind (Abschnitt 2).

(3) Historisches Produkt der Ausprägung dieser objektiven Prinzipien ist der Betrieb als Vermittlungsinstanz zwischen Einzelkapital und Gesamtprozeß. In der Variabilität betrieblichen Einsatzes von Arbeit wird das Kapitalverhältnis stabilisiert (Abschnitt 3).

1. Die Autonomie des Einzelkapitals beim Arbeitskräfteeinsatz

a) Bewältigung und Nutzung von Kontingenzen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses (Autonomiethese)

Um einen diskontinuierlichen und disproportionalen gesellschaftlichen Produktionsprozeß, der als Problem in Form von Knappheit der Arbeitskraft, ihrer Anpassungsfähigkeit und ihres Legitimationseinverständnisses auftritt, zu bewältigen, als Chance der permanenten Überwindung der kapitalimmanenten Grenzen der Verwertung (vgl. II) in Form der Beherrschung der Beziehung von Produktion und Konsum zu nutzen, muß das Kapital sich "doppelt setzen", sich auf "sich selbst als fremdes beziehen"¹⁾ können. Kontingenzbewältigung als Verwertungschance bedeutet, die eigenen Verwertungsbedingungen permanent selbst verändern zu können, z.B. um neue Realisierungsformen,

1) Karl Marx, "Grundrisse", a.a.O., S. 353.

neue Produktionsprozesse, neue Herrschaftsformen im Gefolge gesamtkapitalistischer Disproportionalitäten durchsetzen zu können. Auf Arbeitskräfteeinsatz bezogen: Einsatzprobleme für Arbeitskraft aufgrund von Knappheiten, Anpassungsschwierigkeiten und Legitimationseinbußen des einen Kapitals werden zur Chance der Nutzung durch anderes Kapital, wobei zugleich gesellschaftliche Kontingenzen - Probleme - bewältigt werden. Dabei führen gesellschaftliche Kontingenzen, die in der Verwertung genutzt werden, wiederum zu gesellschaftlichen Kontingenzen. Z.B. kann die Nutzung von unterschiedlichen Nachfrageentwicklungen zwischen verschiedenen Branchen zu unterschiedlichen Produktivitäten führen, was bedeuten kann, daß bei politisch durchgesetztem ausgeglichenem Gratifikationsniveau ein drastisches Profitgefälle entsteht.

Die Fähigkeit des Kapitals, zwischen seiner Bezogenheit auf sich selbst und auf andere Kapitale zu unterscheiden, sich als besonderes Kapital zu verhalten, sowie sich durch diese Unterscheidung zu entwickeln, bezeichnen wir als Autonomie des Einzelkapitals.¹⁾

Im allgemeinen Kapitalbegriff sind Gegensätzlichkeit und Einheit von Kapital und Gesellschaft (bzw. seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen) bereits angelegt. Die Bewegung der Konkurrenz drückt diese Beziehung aus. Ebenso setzt der Autonomiebegriff zunächst auf der Ebene des Kapitals im allgemeinen an und bezieht sich dabei auf das Prinzip der permanenten und maximalen Selbstverwertung des Werts, wofür das "gesellschaftliche Dasein" des Kapitals "zwar Notwendigkeit, aber nur Mittel" ist.²⁾ Diese Autonomie als Abstraktion aber erhält reale Existenz in der Beziehung des Einzelkapitals zum gesamtkapitalistischen Produktionsprozeß.³⁾

- 1) Werttheoretisch formuliert besteht diese Autonomie in der Indifferenz des Einzelkapitals gegenüber der in die Ware eingehenden gesellschaftlichen Gesamtarbeit; sein Interesse an der allgemeinen Arbeitsproduktivität bestimmt sich ausschließlich danach, inwiefern die eigenen Produktionskosten gesenkt werden können. Vgl. z.B. Kapital, III, S. 207.
- 2) Karl Marx, "Grundrisse", a.a.O., S. 909.
- 3) Dabei darf "Einzelkapital" nicht als statisch-fixiertes aufgefaßt werden, sondern als Einheit von Verwertungsstrategien und entspricht operationell eher dem, was der gängige Jargon mit Kapitalfraktion bezeichnet. Dies wirft insbesondere in Forschungsperspektive das bekannte Dilemma auf, die Grenzen des Untersuchungsobjektes zu bestimmen.

Autonomie von Kapital bedeutet nicht, daß das Einzelkapital sich in Gegensatz zu gesellschaftlichen Verwertungsbedingungen stellen oder sich von ihnen unabhängig machen kann, sondern gerade umgekehrt, daß nur über die Fähigkeit der Einzelkapitale, die Kontingenzbedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu nutzen, gesellschaftliche Reproduktion möglich wird. Die gesellschaftlich legitimierten Grenzen der Kapitalverwertung sind historisch nicht nur Beschränkung, sondern auch Produkt von Autonomie, Schranke und Bedingung zugleich.

Auf Basis der These der Autonomie des Einzelkapitals als der einzig möglichen Form kapitalistischer Selbstbestimmung ist die Aneignung von Mehrarbeit differenzierter zu bestimmen: Diese meint die Schaffung kontingenter, nicht ex ante fixierbarer, als definitive Grenzen wirksamer gesellschaftlicher "Sollwerte" des Produktionsprozesses und ihrer Nutzung im variablen, offenen Einsatz der Arbeitskraft im einzelkapitalistischen Produktionsprozeß. Die Transformation der offenen Möglichkeiten durch Ausgestaltung des Kapitalverhältnisses im Arbeitseinsatz in ihre konkreten historischen Formen müssen in bezug auf die partikularen Verwertungszusammenhänge von Einzelkapitalen vollzogen werden. Aneignung von Mehrarbeit ist die Schaffung und Nutzung kontingenter Möglichkeiten der Verfügung und Nutzung von Arbeitskraft und der Bestimmung ihrer Verausgabung im Produktionsprozeß. Das Einzelkapital verwandelt die kontingenten Möglichkeiten im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in technisch-organisatorisch bestimmte Notwendigkeiten der Nutzung seiner Arbeitskräfte als individueller Mehrwertquelle.

Auch wenn durch Technik und Organisation lebendige Arbeit ausgeschaltet wird, werden anarchische Tendenzen nicht aufgehoben. Auf der Ebene des Einzelkapitals bedeuten volle technologische Automation und Standardisiertheit des Produktionsprozesses, die sich in der Gestalt des fixen Kapitals ausdrücken, zugleich fehlende Autonomie bei veränderten Verwertungsvoraussetzungen, damit mangelnde Anpassungsfähigkeit und damit den Keim neuer gesamtwirtschaftlicher Kontingenzen.

Die Vermittlung des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Bedingungen und Nutzungschancen einerseits und autonomem Verhalten von Einzelkapital andererseits erfolgt über den Mechanismus der Konkurrenz. Sie bezeichnet die Spannbreite der Möglichkeiten in Abhängigkeit von relativen Machtstellungen auf Märkten, kontingente Bedingungen der Verwertung von Kapital und Arbeit im Sinne des Einzelkapitals so zu nutzen, daß Kontingenzen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zugunsten der Fortdauer des gegebenen Verhältnisses von Kapital und Arbeit mehr oder weniger bei der einzelkapitalistischen Verwertung mitbewältigt werden.

Dabei besteht auf konkreter Ebene wiederum keineswegs ein direkter oder zwingender Zusammenhang zwischen der Stärke der Stellung auf dem (Arbeits-) Markt und voller Nutzung gesellschaftlicher Kontingenzen (etwa in dem Sinne: starke Stellung - volle Nutzung und umgekehrt, etwa in der Ausgestaltung beruflicher Bildungsprozesse im Betrieb im Hinblick auf die Entleerung oder "elastische" Fassung von Qualifikationen). Vielmehr ist eher ein tendenziell umgekehrtes, jeweils aber durch die besondere Lage eines Einzelkapitals bestimmtes Verhalten anzunehmen - damit bei starker Machtstellung eher ein Beitrag zur aktuellen Kontingenzbewältigung von Gesellschaft und geringerer Nutzung im privaten Verwertungsinteresse, bei schwacher Stellung der Versuch, einer vollen Bewältigung eigener Kontingenzen ohne Rücksicht auf die Folgen für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß - zumindest in kurzfristiger Perspektive. Z.B. mögen in konjunkturellen Krisen Betriebe mit starker Stellung auf dem Arbeitsmarkt in längerfristiger Perspektive Massenentlassungen vermeiden, um dämpfend zu wirken, damit Verwertungseinbußen kurzfristig auf sich zu nehmen, während Mittelbetriebe Freisetzungen in der direkten Abhängigkeit von aktuellen Verwertungsmöglichkeiten vornehmen, in beiden Fällen wird ein Maximum einzelkapitalistischer Autonomie gewahrt.

Die Stellung in der Konkurrenz basiert auf dem Potential an Autonomie (also der Differenz zwischen der gesellschaftlichen Bewertung und der Nutzung von Arbeitskraft). Damit wird die größere oder geringere Ausschöpfung des Autonomiepotentials zu einer Bestimmungsgröße der Veränderung der Konkurrenzformen.

Die Konkurrenz ist der Antriebsmechanismus zur maximalen Nutzung der Arbeitskraft, damit gleichzeitig auch Objekt einzelkapitalistischer Bemühungen um ihre Ausschaltung, der Bildung

von Monopolen, die einen Vorsprung in der Nutzung der Arbeitskraft ermöglichen. Die Sicherung "autonomer Kapitalverwertung" durch Beherrschung von Märkten erlaubt es, das Durchschlagen von Marktkonstellationen auf Anforderungen im Arbeitskräfteeinsatz zu kontrollieren bzw. über die Steuerung von Märkten selbst größere Autonomie auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsinsatz zu erlangen. Die Stellung des Einzelkapitals im Gesamtprozeß ist einerseits Ergebnis der konkreten Ausschöpfung der Machtasymmetrie, andererseits konditioniert sie die Formen dieser Ausschöpfung.

b) Einzelkapitalistischer Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilisierung (Minimierungs-Maximierungs-These)

Die Ausschöpfung des Autonomiepotentials bestimmt sich weiter nach der These, daß das Einzelkapital in der Verwertung von Kapital durch Arbeit einen "Beitrag" zur gesellschaftlichen Kontingenzbewältigung zu leisten hat, den es zwar zu minimieren sucht, der aber zugleich als Schranke der Verwertung bei der (möglichst maximalen) Nutzung von Arbeitskraft bestimmt werden muß. (Dieses - später zu konkretisierende Verhältnis - ist jedoch im einzelnen vielfach durch spezifische Verwertungsbedingungen von Einzelkapitalen gebrochen).¹⁾

"Beiträge" beziehen sich prinzipiell auf die Veränderung gesellschaftlicher Produktionsbedingungen. Wenn, wie in Kapitel II gezeigt, der Tauschwert von Arbeitskraft als Folge ihrer erhöhten Nutzungsfähigkeit (Gebrauchswert) und im Hinblick auf ihre damit zusammenhängende Verknappung steigt, ergibt sich für das Einzelkapital die Notwendigkeit, dies bei der Gestaltung sowohl seiner Gratifikationen wie seiner Produktionsprozesse (Verknappung!) zu berücksichtigen. Solche Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt nennen wir "Beiträge" des Einzelkapitals. - Ähnlich verhält es sich mit allen "Beiträgen" für öffentliche Vorleistungen zur einzelkapitalistischen Verwertung (z.B. Infrastruktur, Qualifizierung etc.), für die Legitimierung²⁾ bestehender Verhältnisse ("Humanisierung" der Arbeit etc.) u.ä.

1) Vgl. Altmann, N., Bechtle, G., a.a.O., S. 26 ff.

2) Die "entsprechende" Fragestellung, nämlich die Bedeutung der Autonomie des Einzelkapitals für staatliche Interventionen in den Wirtschaftskreislauf verfolgt Sauer, D. in "Sozioökonomische Bestimmungsgründe", a.a.O.

Wir haben zwei zentrale Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses behandelt:

- o Die innere Kontingenz dieses Prozesses und
- o die Autonomie des oder von Einzelkapitalen.

Diese Momente beinhalten, daß (a) die kontingente Struktur des Produktionsprozesses die Möglichkeit, nicht aber die notwendige Verwirklichung von einzelkapitalistischer Autonomie einschließt, (b) die einzelkapitalistische Autonomie die Möglichkeit, aber nicht die Notwendigkeit der Bewältigung von Kontingenz bedeutet.

Bezieht man diese sich wechselseitig bedingenden Prinzipien von Kontingenz und Autonomie aufeinander, so wird weiter deutlich, daß Einzelkapitale diese Kontingenzen für die Gesellschaft ungewollt produzieren, sie in ihrem eigenen Akkumulationsprozeß aber nur für sich bewältigen, oder vielmehr ausnutzen.

Man kann diese Beziehung zwischen Einzelkapital und Gesamtprozeß als Beziehung zwischen "internen" und "externen" Bedingungen (Ursachen, Wirkungen) der Kapitalverwertung begreifen. Das Autonomieprinzip besagt dann, daß das Einzelkapital nur so viel zur Sicherung oder Anerkennung externer Bedingungen der Verwertung und Realisierung "beiträgt", wie zur Sicherung interner Stabilität der Verwertung von Kapital notwendig ist. Die Relevanz gesellschaftlicher Probleme des Arbeitseinsatzes - Knappheitsprobleme, Anpassungsprobleme, Legitimationsprobleme - sowie die Auswirkungen des eigenen Verhaltens auf die Erzeugung solcher Probleme wird nach "eigenen", "internen", einzelkapitalistischen Kriterien bestimmt. Deren Maßstab ergibt sich aus der Sicherstellung der Kontinuität der Verwertung des eigenen Kapitals durch die Gestaltung des Arbeitseinsatzes. Autonomie besteht darin, daß die durch die einzelkapitalistische Gestaltung und Nutzung des Kapitalverhältnisses erzeugten kontingenten Beziehungen zwischen Arbeitseinsatz und Wertproduktion und -aneignung nicht als eigene Probleme akzeptiert werden müssen, nicht das Kapital als Kapital zu bewältigen hat, sondern als allgemeine

gesellschaftliche Probleme erscheinen, die von "allen" bewältigt werden müssen.

So galten z.B. bis heute die durch einzelkapitalistische Produktion erzeugten Umweltschäden als schicksalshafte Begleiterscheinungen des Industrialisierungsprozesses und nicht als Folgen einzelkapitalistischer Kapitalverwertung. Erst in jüngerer Zeit wird versucht, unter großem Widerstand der Unternehmen vom sogenannten "Verursacherprinzip" auszugehen, Autonomie als einzuschränken, "Beiträge" zur Bewältigung dieses (Legitimations-)problems durch öffentliche Eingriffe zu erzwingen.

Weil sich einzelkapitalistische Stabilität und eine kontinuierliche Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses nicht zu entsprechen brauchen, ergeben sich Stabilisierungsforderungen des Gesamtprozesses nicht aus einer inneren Logik einzelkapitalistischer Entwicklung, also nicht aus freiwilligen und rational eingesehenen Selbstbeschränkungen des Kapitals, sondern sie sind wiederum nur in Form "äußerer" Zwänge durchsetzbar.

Dem Einzelkapital stellen sich Stabilitätsforderungen in zweifacher Form: einmal als generelle, politische Anforderungen, die sich global an alle, zumindest aber nur bedingt nach einzelkapitalistischen Bedingungen differenziert, richten und zum anderen im Zwangsmechanismus der Konkurrenz als Druck anderer Kapitale auf die eigene Gestaltung des Arbeitskräfteeinsatzes, wodurch die gesellschaftliche Ausrichtung des Einzelkapitals sichergestellt wird. Diese Absicherungen der "Gesellschaftlichkeit" des Kapitals - politisch und über den Konkurrenzmechanismus - scheinen sich gegenseitig zu stützen, stellen eine doppelte Absicherung dar:

Je stärker die Stellung in der Konkurrenz, umso höher scheint sowohl Notwendigkeit wie Möglichkeit der Berücksichtigung politischer Einflüsse, um so höher aber auch umgekehrt die Abhängigkeit der Politik vom einzelkapitalistischen "Mitziehen". In der doppelten Autonomie des Einzelkapitals - der Autonomisierung in Form der Zentralisierung und in dem zunehmenden Gewicht innerhalb politischer Steuerungsmaßnahmen - scheint

historisch ein höheres Maß an gesellschaftlicher Kontingenzbewältigung durch Einzelkapitale in ihrer zentralisierten Form, aber auch ein höheres Maß an Risiko nicht-bewältigter Kontingenz wirksam zu sein.

Überträgt man schließlich dieses Organisationsprinzip "Autonomie des Einzelkapitals" auf die grundlegende These von der Aufrechterhaltung der Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit durch die Stabilisierung und je neue Wiederherstellung der Differenz zwischen dem gesellschaftlichen Wert der Arbeitskraft und ihrer Wertschöpfung im Produktionsprozeß, so läßt sich dieses Prinzip auch darstellen als maximale Ausschöpfung des Arbeitsvermögens in kürzester Zeit ohne dadurch entstehende zusätzliche Reproduktionskosten der Arbeitskraft - gleichzeitig oder mit Zeitverzögerung als zunehmenden Anteil "notwendiger Arbeit" aufwenden zu müssen. Generell wird versucht, eine politisch verordnete oder dem Konkurrenzdruck entspringende Höherbewertung der Arbeitskraft sowie die Berücksichtigung neuer Bewertungsinhalte (finanzieller, rechtlicher etc. Art) zu minimieren, oder das Prinzip der Wertdifferenz wird dadurch aufrechterhalten, daß Höher- und Neubewertung der Arbeitskraft direkt an eine entsprechende Leistungssteigerung gebunden wird.

In den "neuen Bewertungsinhalten" kommen sowohl Ansprüche an Leistungen zum Ausdruck, die die Reproduktion von nicht mehr im Arbeitsprozeß Stehenden (langfristiges individuelles Risiko, Frühinvalidität etc.) betreffen wie auch Qualifizierungsleistungen, die über einzelkapitalistische Erfordernisse hinausgehen und politisch als Anspruch durchgesetzt sind.

Das Prinzip, die gesellschaftlichen Produktivkräfte maximal zu nutzen ohne den dazu notwendigen gesellschaftlichen Aufwand in entsprechendem Maße zu übernehmen, kommt schlagend zum Ausdruck im Fall der Übernahme der Entwicklungskosten neuer Technologien und Organisationssysteme durch den Staat sowie darin, daß die bei staatlicher Auftragsproduktion anfallenden Innovationschancen gratis angeeignet werden. Wenn das Kapital zu der Erhöhung des Tauscherts der Arbeitskraft beiträgt, dann muß dies dem Prinzip der Kapitalverwertung, d.h. der Produktion von noch höherem Tauschwert untergeordnet werden, indem z.B. Wissenschaft auf den Wert des Produktes übertragen wird, ohne daß das Einzelkapital einen entsprechenden Aufwand leistet. Die Differenz zwischen dem "notwendigen gesellschaftlichen Aufwand" und dem "nicht entsprechenden Beitrag" des Einzelkapitals ergibt sich aus der "doppelten" Nutzung der Arbeitskräfte

dadurch, daß diese ihrerseits einen Beitrag aus der Revenue, d.h. ihren unmittelbaren Einkommen, leisten für öffentliche Stabilisierungsaufgaben. Diesem wichtigen Problem wird im Hinblick auf die Prinzipien einzelkapitalistischer "Problemlösungen" hier nicht weiter nachgegangen.

2. Einzelkapitalistische Strategien

a) Strategiebegriff

Das Prinzip der einzelkapitalistischen Gestaltung des Kapitalverhältnisses liegt in der permanenten Aufhebung der Formen historisch existierender Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, indem das Einzelkapital sich auf veränderte Bedingungen des Gesamtprozesses (z.B. auf konjunkturelle Schwankungen) einstellt und sich entsprechend verhält, Arbeitskräfte freisetzt, bindet, umsetzt, qualifiziert, entqualifiziert und dadurch auf diese Bedingungen und auf die Arbeitskräftestruktur bewußt oder unbewußt einwirkt.

Dabei unterliegt dieses Prinzip wiederum der Forderung nach einem möglichst formenreichen Verhaltenspotential des Einzelkapitals, einem möglichst großen Spielraum im Arbeitseinsatz bei möglichst minimaler struktureller Veränderung, insbesondere der Herrschaftsstruktur (Strukturkonstanz durch Formvariabilität).

Die Auswirkungen einzelkapitalistischer Gestaltung des Einsatzes und der Nutzung der Arbeitskraft können sich auf das Einzelkapital selbst (Veränderungen des internen Arbeitsmarktes) oder auf das Einzelkapital in der Gesellschaft (den externen einzelkapitalistischen Arbeitsmarkt und die generelle Arbeitsmarktlage mit oder ohne Rückwirkung auf das Einzelkapital) beziehen.

Es entspricht dem Prinzip der Autonomie, externe, generelle Arbeitsmarktprobleme derart in Probleme des internen Arbeitsmarkts zu transformieren, daß dadurch eine Problemlage entsteht, die im Gestaltungs- bzw. Bewältigungsbereich des Ein-

zelkapitals liegt. Probleme des externen Arbeitsmarktes sollen nach Möglichkeit nicht direkt (d.h. ohne spezifische Transformation) auf den internen Arbeitsmarkt durchschlagen (Transformationsthese).¹⁾

Die autonome Gestaltung dieses Zusammenhangs zwischen einzelkapitalistischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Einsatzes und der Nutzung von Arbeitskraft unter dem Prinzip der "Nicht-Identität" der Effekte einzelkapitalistischer Nutzung von Arbeitskraft für das Einzelkapital selbst und für die Gesellschaft bezeichnen wir als Strategie. Diese bezieht sich also auf die Fähigkeit, das Kapitalverhältnis als gesellschaftliches aufrechtzuerhalten bei permanenter Veränderung seiner konkreten Ausgestaltung.

Strategie bezieht sich also immer auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Einzelkapital und Gesamtprozeß, d.h. auf die Sicherung und Bewältigung der kontingenten Struktur dieses Verhältnisses durch autonome Kapitalverwertung, indem von den gesellschaftlichen Grenzen der Verwertung abstrahiert wird und diese in Bewegung gesetzt werden.²⁾

Der Begriff der Strategie setzt auf der Vermittlungsebene zwischen Einzelkapital und Gesamtprozeß an; er darf nicht mit der Verfolgung subjektiver Handlungsziele in eins gesetzt werden. Strategie ist vielmehr objektiv bestimmt dadurch, daß sie auf einen möglichst großen Anpassungsspielraum zwischen den auf sich selbst und den auf andere Kapitale bezogenen Formen und Bedingungen der Kapitalverwertung hin orientiert ist, ohne notwendige wechselseitige Abhängigkeiten zwischen gesellschaftlicher Struktur und Einzelkapital zu zerstören.

Diese Strategie ist in unserer Fragestellung auf den Einsatz von Arbeit gerichtet. Dabei sind die Einsatzmöglichkeiten für das Einzelkapital innerhalb dessen beschränkter, aber spezifischer Perspektive größer als für die Gesamtheit der Kapitale. So sind z.B. Freisetzungen, Entqualifizierungen, Höherqualifizierungen etc. in der Perspektive des Einzelkapitals eher durchführbar als in der Perspektive des Gesamtkapitals, solange Rückwirkungen auf das Einzelkapital abgeschnitten, auf Arbeitskräfte, Staat, Konkurrenten übergewälzt werden können.

1) Vgl. hierzu Altmann, N., Bechtle, G., a.a.O., S. 30

2) Systemtheoretisch könnte man formulieren: indem Komplexität durch Reduktion gesteigert wird.

Zur konkreten Bestimmung von Strategie genügt es nicht, "subjektiv intendiertes" Handeln (oder, wie wir auf konkreter Ebene sagen werden: "betriebliche Aktivitäten") zu erkennen. Immer muß auf den objektiv-gerichteten Zusammenhang (den "nicht-intendierten Handlungszusammenhang") Bezug genommen werden. Es genügt nicht, auf konkreter Ebene manifeste Funktionen von Aktivitäten ausfindig zu machen. Strategie begreift zentral mit ein, was individuelles Kapital latent hält bzw. halten muß bzw. objektiv nicht sich bewußt machen, nicht berücksichtigen kann. Es reicht nicht aus, die "Sinnadäquanz" von konkretem Handeln ausfindig zu machen, vielmehr muß die "Kausaladäquanz" mit zur Erklärung herangezogen werden, wobei auch Manifestationen geronnenen Handelns (Bedingungen, organisatorische Strukturen etc.) berücksichtigt werden müssen. Mit anderen Worten, der Strategiebegriff beansprucht hinter der "erscheinenden Bewegung" auch noch Momente der "wirklichen Bewegung" zu erfassen. Strategie soll theoretisch die Vermittlung zwischen beiden Ebenen angeben. Dies bedeutet aber gleichzeitig, daß "Strategie" nicht deterministisch aus objektiven Bedingungen deduziert werden kann, weil dies dem notwendigen Spielraum des Einzelkapitals in seiner Kapitalverwertung und seinem Arbeitseinsatz widersprechen würde.¹⁾

Prinzipiell wird das "strategische Feld" beim Einsatz und der Nutzung von Arbeitskraft durch die Bandbreite zwischen dem gesellschaftlichen Wert und dem Wertschöpfungspotential der lebendigen Arbeit bestimmt. Innerhalb der Spannbreite zwischen der genutzten und der bezahlten Arbeit, der lebendigen wie der vergegenständlichten kann auf die volle Realisierung

1) Wir sind uns bewußt, daß diese Bemerkungen lediglich Anspruchscharakter haben. Weitergehende Ableitungsversuche stehen vor dem zentralen Problem einer Umsetzung der strukturellen Ebene auf die Handlungsebene, das hier nicht angegangen werden kann. Daß dabei der Begriff der Strategie selbst, den wir hier noch aus heuristischen Gründen - mit viel Unbehagen - verwenden, aufgegeben werden muß, ist abzusehen. Zum Problem der Beziehung zwischen "Produktionsverhältnissen und Aktionsystemen" vgl. zuletzt: Hülst, D., Tjaden, K.H., Tjaden-Steinhauer, M., "Methodenfragen der Gesellschaftsanalyse", Frankfurt/Main, 1973, S. 26 f, S. 63 f. Vgl. ferner Willms, B., "System und Subjekt, oder die politische Antinomie der Gesellschaftstheorie", in: "Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie", a.a.O.

des Arbeitswertes der produzierten Produkte zumindest vorübergehend verzichtet werden. Auf der Basis dieser Spannbreite - der objektiven Basis von Strategie - kann die Verwendung des Mehrwerts, der nicht für die unmittelbare Erhaltung des Kapitalbestandes notwendig ist, strategischen Anforderungen, die sich aus besonderen (oder veränderten) Verwertungsbedingungen ergeben, unterworfen, d.h. verschiedenen Verwendungsrichtungen zugeführt werden. Weil und insofern das Einzelkapital in der Lage ist, den Wert seiner Produkte unter den gültigen Marktwert zu senken, kann ein Teil dieser Differenz potentiell vergesellschaftet werden; entweder, indem er als Konkurrenzmittel zur Erhöhung der Marktmacht abgezweigt wird (Kostensenkung, Qualitätsverbesserungen, eigene Produkt- oder Prozeßinnovationen, auch Erhöhung der Gratifizierung von Arbeitskräften) oder indem er politische Ansprüche befriedigt. D.h., daß Autonomie zur Voraussetzung der Möglichkeit der Abschöpfung gesellschaftlicher Steuerungsressourcen aus dem Verwertungsprozeß von Einzelkapitalen wird.

b) Ansatzpunkte von Strategie

Das Prinzip der auf der Notwendigkeit der Autonomie von Einzelkapital begründeten Strategie ist es, die Bedingungen der Verwertung von Kapital permanent zu kontrollieren und durch Veränderung an die Verwertungserfordernisse anzupassen. Strategie kann demnach nicht anhand der Bedingungen, unter denen sie das Verhältnis von Einzelkapital und Gesellschaft bewältigt, systematisiert oder typisiert werden: Die Bedingungen sind zugleich Grundlage wie Objekt von Strategie. Es wäre also unsinnig zu versuchen, "Grundformen" von Strategien zu isolieren. Der Kern einzelkapitalistischer Strategie ist gerade der, daß sie eine große Offenheit enthält, die nur dort begrenzt wird, wo gesellschaftliche Kontingenzen die Existenz des Einzelkapitals selbst gefährden bzw. Folgen einzelkapitalistischer Strategie gesellschaftliche Voraussetzungen der Kapitalverwertung anrühren (Eisenbahnbau, Fabrikgesetzgebung, Berufsausbildung etc.).¹⁾

1) Vgl. Sauer, D., "Sozioökonomische Grundlagen ...", a.a.O.

Der Autonomiebezug von Strategie erweist sich darin, daß diese grundsätzlich an beliebigen verwertungsrelevanten Dimensionen ansetzen kann.¹⁾ Dies soll an vier Möglichkeiten (Beispielen) gezeigt werden.

(1) Differentielle Nutzung unterschiedlicher Kategorien von Arbeitskräften:

Einzelkapitale können bei der Nutzung von Arbeitskraft an der differentiellen gesellschaftlichen Bewertung von Arbeitskräften und an der Gestaltung ihrer Funktionsmöglichkeiten ansetzen. Die Beziehung zwischen den gesellschaftlichen Bewertungen von Arbeitskraft und deren Nutzungsmöglichkeiten ist einerseits unbestimmt, differiert andererseits nach unterschiedlichen Kategorien von Arbeitskraft. Unterschiedliche Bewertung bezieht sich auf unterschiedliche "Eigenschaften" von Arbeitskräften, die sich dem Einzelkapital als differierende Tauschwerte darstellen.

Einzelkapitale können vorhandene berufliche, alters- und geschlechtsmäßig sowie regional und betrieblich bedingte Differenzen beim Tauschwert der Arbeitskraft nutzen, d.h. die Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit selber differenzieren, damit Legitimations- und Integrationseffekte erzielen. Sie nützen die Tatsache, daß sich Orientierung und Erwartungen der Arbeitskräfte in der individuellen Vermarktung nicht am Kapitalverhältnis ausrichten, sondern an den gebotenen Möglichkeiten ihres differierenden Einsatzes, ihrer differentiellen Gratifikation, der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen etc.

Das Einzelkapital kann auch die diskontinuierliche Entwicklung zwischen den konkreten Nutzungsformen der Arbeitskraft

1) Dabei können im historischen Ablauf aktuell, unterschiedliche Dimensionen (Absatz, Produktion, Finanzierung, Innovation etc.) zur Sicherung von Autonomie von durchaus unterschiedlicher Relevanz sein.

und ihrem gesellschaftlichen Wert nutzen, d.h. es nutzt den aktuellen Gebrauchswert von Arbeitskräften in einer Form, die Verknappung produziert, aber ihren Tauschwert erst mit Verzögerung erhöht. Oder das Einzelkapital gestaltet selbst aktiv den Nutzungsspielraum der Arbeitskräfte, paßt z.B. deren Qualifikationen an spezifische Bedürfnisse einzelkapitalistischer Märkte, Produktionsprozesse an (entqualifizierend oder qualifikationssteigernd). Grundsätzlich wird dabei versucht, den gesellschaftlichen Wert der Arbeitskräfte nicht zu erhöhen, z.B. dadurch, daß ihre Einsatzfähigkeit durch andere Einzelkapitale verhindert wird (etwa durch betriebsspezifische Qualifizierung).

Solche Zusammenhänge gelten z.B. beim Einsatz von Arbeitskräften des Typs "deutscher Facharbeiter". Seine elastische, multifunktionale, unter geringem Herrschaftsaufwand mögliche Einsetzbarkeit macht seinen "Wert" für alle Einzelkapitale aus, erlaubt die Nutzung einer "Überschuß- oder Gratisqualifikation, die in der gesellschaftlichen Bewertung nicht berücksichtigt ist (war). 1) Solche Zusammenhänge führen nach unserer These (vgl. Kapitel II.3.) zur Verknappung bestimmter Arbeitskräftekategorien.

Eine andere Strategie wäre die Nutzung eines wenig elastischen, schmalqualifizierten Typs von Arbeitskräften, der dem Verwertungsprinzip des Kapitals entspricht, tendenziell nur noch Mehrwert zu produzieren an Arbeitsplätzen, wo jegliche Kontingenz ausgeschaltet ist und nur noch die einfachsten Arbeitsoperationen auszuführen sind. Das Problem dabei ist, daß zur Ausschaltung solcher Kontingenzen Arbeitskräfte gebraucht werden, die technisch-organisatorisch nicht beherrschbare Kontingenzen (des Marktes, der konkurrenzbedingten Entwertungen eingesetzten Kapitals, den Innovationsdruck) abfangen können (Facharbeiter, Ingenieure, Techniker u.ä.), die aber ihre Arbeitskraft nur bereitstellen, wenn das Restriktions- bzw. Gratifikationsgefälle zwischen ihren eigenen Arbeitsplätzen und denen anderer hoch ist.

Zugleich müssen die oben genannten, wenig elastischen Arbeitskräfte (z.B. betriebsspezifische Angelernte etc.) bereit sein, durchschlagende Kontingenzen zu ertragen (Umsetzung, Freisetzung etc.), was seinerseits zu der Gefahr führt, daß dieser Typ von Arbeitskraft (durch Qualifizierung o.ä.) sich verknappt, nicht unter gleichbleibender (niedriger) gesellschaftlicher Bewertung verfügbar bleibt.

1) Weltz, F., Schmidt, G., Sass, J., "Industriebetrieb und Facharbeiter", (Arbeitstitel), Frankfurt/Main, 1974.

(2) Gestaltung von Rekrutierung:

Einzelkapitale stehen bei der Rekrutierung der Arbeitskraft vor dem Problem zu entscheiden, wann der Beschaffungs- und Selektionsprozeß von Arbeitskraft abzuschließen ist. D.h. je höher der finanzielle, zeitliche u.a..Aufwand bei der Beschaffung und Selektion von Arbeitskräften, um so geringer der Aufwand, der geleistet werden muß, um diese Arbeitskraft an die spezifischen Bedingungen des eigenen Produktionsprozesses anzupassen. Umgekehrt: Je geringer (billiger, kürzer) der Aufwand bei Beschaffung und Selektion der Arbeitskräfte, um so höher werden tendenziell die einzusetzenden (finanziellen, zeitlichen etc.) Mittel, um die Arbeitskraft qualifikatorisch und disziplinarisch an die Bedingungen - zeitlich, sachlich, sozial - des eigenen Produktionsprozesses anzupassen.

Ein wichtiges Datum für einzelkapitalistische Arbeitseinsatzstrategie sind die unterschiedlichen Relationen zwischen Rekrutierungs- und Anpassungsaufwand bei verschiedenen Kategorien von Arbeitskräftegruppen. Nicht zuletzt aus dem Versuch der Optimierung zwischen beiden Größen, zwischen Rekrutierung und Anpassung ergibt sich die generell feststellbare Tendenz zur Bildung von Stammpersonal. Allerdings kann das Prinzip der Stammpersonalbildung mit je nach Verwertungs- und Realisierungsbedingungen notwendig werdenden raschen technisch-organisatorischen Veränderungen in Konflikt geraten. Verzögerte Innovation einzelkapitalistischer Produktion kann begründet sein in der Priorisierung stabilen Arbeitseinsatzes (u.U. der Verfügbarkeit überhaupt) gegenüber weitreichenden und kurzfristigen technisch-organisatorischen Neuerungen.

Entscheidend ist, in welcher Geschwindigkeit und in welchem Ausmaß die technologisch-organisatorischen Bedingungen des Produktionsprozesses verändert werden (müssen). Einerseits liegt in der schnellen und umfassenden "Modernisierung" der eigenen Produktionsprozesse die Möglichkeit der Erhöhung der Differenz zwischen der Wertschöpfung der Arbeitskraft und ihrem durch das Einzelkapital aufzubringenden gesellschaftlichen Wert, andererseits verlangt gerade dies kostspielige und zeitraubende betriebliche Aktivitäten, um die Arbeitskraft an rasch wechselnde Bedingungen des Produktionsprozesses anzupassen.

(3) Gestaltung von Arbeitsanforderungen:

Es ist Prinzip einzelkapitalistischen Arbeitseinsatzes, daß sich dieser an wechselnden Konstellationen der Kapitalverwertung und -realisierung orientiert, maximal offen und elastisch ist, ohne daß sich daraus Veränderungen (Steigerungen) im Wert der Arbeitskraft in entsprechendem Ausmaße ergeben. Dies kann nicht nur durch die Gestaltung der Arbeitsanforderungen, sondern auch durch deren "Definition" vorbereitet werden.

Dies kann z.B. erreicht werden dadurch, daß eine möglichst große Spannweite angestrebt wird zwischen den explizierten, formalisierten, das Einverständnis der Arbeitskräfte oder ihrer Vertreter erfordernden Anforderungen und der tatsächlichen, latenten Nutzung des Arbeitsvermögens. Die Differenz zwischen Nutzung und Bewertung der Arbeitskraft wird dann zur Differenz zwischen der latenten Nutzung und den manifesten Anforderungen. Diese bleiben "offiziell" möglichst lange Zeit in ihren Ausprägungen konstant, bis die Diskrepanz zwischen den formulierten Anforderungen und der tatsächlich zu leistenden Arbeit so eklatant wird, objektiv Leistungsunfähigkeit und subjektiv Leistungszurückhaltung auftritt, daß Anpassungen vorgenommen werden müssen. Diese Anpassungen können informell, d.h. in einer nicht-institutionalisierten Form, die nicht mehr reversibel wäre, erfolgen oder auch institutionalisiert, um Berechenbarkeit, Einheitlichkeit etc. zu sichern.

Andererseits können entfallende Anforderungen nicht ohne weiteres in niedrigere Bewertungen umgesetzt werden.

Arbeitserleichterungen z.B. können nicht unmittelbar zu einer offiziellen Entwertung führen, weil der Entzug einmal erworbener Gratifikationen zu Legitimationsproblemen führen würde. Das Verhältnis von Gratifikationen und expliziten Ansprüchen an Arbeitsleistungen soll dabei auf Dauer stabil, in den gleichen inhaltlichen Kategorien, gehalten werden. Dies scheint als Basis stabiler Herrschaft wichtiger denn eine nahtlose Übereinstimmung zwischen explizit fixierten

Anforderungen und der tatsächlichen Nutzung des Arbeitsvermögens sicherzustellen.

Aus dieser These zum Verhältnis zwischen Nutzung und Bewertung der Arbeitskraft ergibt sich u.a. übrigens auch das Interesse bei technisch-organisatorischen Veränderungen zu versuchen, die Auswirkungen auf die eingesetzte Arbeitskraft zu minimisieren, d.h. den Einsatz nur im Rahmen der gegebenen Bewertungskriterien zu verändern.¹⁾

(4) Sicherstellung von Austauschbarkeit von Arbeitskraft und ihr Einsatz nach beliebigen Bestimmungen:

Einzelkapitale versuchen, sicherzustellen, daß Arbeitskraft sowohl in bestimmter Weise eingesetzt, dabei aber für künftige Bestimmungen offen bleiben kann. Dies kann prinzipiell erreicht werden, indem entweder die Formen der Arbeit durch ihre technisch-organisatorische Bestimmtheit austauschbaren Einsatz von Arbeitskraft ermöglichen (technisch-organisatorische Anforderungsnivellierung stattfindet) oder indem durch Qualifizierung von Arbeitskraft Anpassungsfähigkeit in der Zeit und für wechselnde Bestimmungen erreicht wird.

Der Fall der Austauschbarkeit von Arbeitskraft ist einmal möglich im gesamten Bereich von "Jedermanns-Arbeiten", in solchen Arbeitsbedingungen also, die lediglich die jeweiligen kulturellen und sozialen Grundvoraussetzungen erfordern (einfache Montage, Lagerarbeit, einfache Hilfsarbeitsplätze etc.); dieser Austausch ist, mit Entqualifizierung verbunden, auch in weiten Bereichen qualifizierten Arbeitseinsatzes möglich (Schlosser als Akkordarbeiter am Band z.B.).

Der Fall der Qualifizierung für tendenziell beliebige Bestimmungen ist problematischer; "Gratifikationspotential" (z.B. ausreichende Produktivität, Gewinnmarge, Experten (Ausbilder), Planbarkeit etc.) vorausgesetzt, kann eine permanente Anpassung an technisch-organisatorische Veränderungen erreicht werden. Ein typischer Fall normativ-organisatorischer Formung von Anpassungsfähigkeit findet sich z.B. beim Beamten, der - in seiner Grundqualifikation - "beliebig" einsetzbar ist (außerhalb des Verwertungszusammenhangs zu sehen).

1) Vgl. SOFI, "Produktion und Qualifikation", Göttingen, a.a.O.

Die Unterwerfung "im Prinzip" nicht anpaßbarer Arbeitskraft unter wechselnde Bestimmungen bedeutet in jedem Falle, daß das Risiko von den individuellen Arbeitskräften getragen werden muß, sich in Entqualifizierung oder verminderten Lebenschancen äußert. Beispiele sind jene hochspezialisierten Ingenieure der Weltraumindustrie, die ihre Arbeitskraft als Autoverkäufer oder Lehrer vermarkten müssen, wie auch das Ausnutzen z.B. von Meisterqualifikationen durch "Mitziehen" im fortschreitenden technisch-organisatorischen Prozeß bis zu einem Punkt, wo die betreffenden Arbeitskräfte nur mehr "abstürzen", entqualifiziert und an marginalen Arbeitsplätzen eingesetzt werden können. (Letzteres detailliert gezeigt in Böhle, F., Altmann, N.; "Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit", Frankfurt 1972, S. 192 ff.).

Die konkret gewählte "Strategie" ist abhängig von der aktuellen betrieblichen Situation, ob die Anpassungsfähigkeit (Gleichgültigkeit) der Arbeitskraft gegenüber den Bestimmtheiten der Arbeitsausführung vorgezogen wird oder ob bei gleichbleibendem Anpassungspotential der Arbeitskraft die technisch-organisatorischen Bedingungen so gestaltet werden, daß im Prinzip jede - also auch im Prinzip nicht anpassungsfähige - Arbeitskraft sich wechselnden Bestimmungen unterwerfen läßt, wird orientiert an der Stellung des Einzelkapitals im Gesamtprozeß, d.h. also daran, wie groß der jeweilige Autonomiespielraum ist und in welcher Richtung die Sicherung der Autonomie möglich ist. Ziel ist es in jedem Fall, durch die Reduktion der Gleichgültigkeit durch besondere Bestimmungen der Arbeitsformen die Austauschbarkeit der Arbeitskraft zu erhöhen, was durchaus mit einer Reduktion der Austauschbarkeit des Arbeitsplatzes durch die Arbeitskraft verbunden sein kann.

3. Der Betrieb als historische Form des Verhältnisses von Einzelkapital und Gesellschaft

Die historische Form, in der sich das Einzelkapital auf sich selbst und auf Gesellschaft bezieht (vgl. III, 1), ist der Betrieb. In dieser stellt sich der Vermittlungsprozeß zwischen Einzelkapital und Gesellschaft historisch konkret dar.

Der widersprüchliche Charakter des Einzelkapitals, gleichzeitig unabhängig und abhängig von gesellschaftlichen Bedingungen der Kapitalverwertung zu sein, wird im Betrieb bewältigt (oder, im negativen Falle, zum Ausdruck von Krisen, die selbst gesellschaftlich Lösungscharakter für Verwertungsprobleme haben können). In der Form, in der Autonomie gesichert werden kann, pendelt sich die Balance zwischen den Vergesellschaftungs- und Aneignungsformen real ein, wird erst realisiert, wie sich Vergesellschaftung und private Aneignung historisch je durchdringen. Im Betrieb werden die "konkreten Folgen der abstrakten Negativität"¹⁾ des Kapitals im Verhältnis zur Gesellschaft (seine Schrankenlosigkeit innerhalb von Grenzen, vgl. III.1.) Handlungsobjekt. In ihrer betrieblichen Bewältigung findet das abstrakte Kapitalprinzip seine konkrete Identität, seinen Bezug zur Gesellschaft.

Unsere theoretische Ausgangsposition verbietet es, "Betrieb" auf der Ebene und über die theoretischen Konzepte zu thematisieren, die sich traditionell in der Industriesoziologie durchgesetzt haben. Konstruktionen wie Betrieb als soziales Gebilde, Betrieb auch als technisch-organisatorische Einheit gesellschaftlicher Produktion sind zu beliebig im Hinblick auf die Frage nach der Durchsetzung zentraler Prinzipien des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, wie wir sie bislang hier entwickelt haben.

Begriffe wie Unternehmen, Konzern, Trust etc. sind in unserer Perspektive jeweils unterschiedliche juristische, organisatorische, betriebswirtschaftliche Aspekte dieser Beziehung zwischen Einzelkapital und Gesellschaft. Dies soll aber gerade nicht bedeuten, daß "Betrieb" nun die "technologische" Einheit dieser Beziehung sei. Adäquater wäre es, von der Einheit der verwertungsrelevanten Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses zu sprechen. Für entscheidend halten wir hierfür zweierlei: Der Betriebsbegriff muß offen bleiben für alle Eigenschaften, Merkmale etc., die sich auf eben dieses Verhältnis zwischen einzelkapitalistisch organisierter Produktion und gesellschaftlichen Kapitalverwertungsbedingungen beziehen und der Begriff Betrieb muß dieses Verhältnis als historischen Prozeß der Entwicklung der Formen von Aneignung und Produktion widerspiegeln.

1) Vgl. Willms, B., a.a.O., S. 69.

Die Mannigfaltigkeit der konkreten Ausprägung abstrakter Verwertungsprinzipien (d.h. unterschiedliche Produktions-, Zirkulations-, Distributions- und Akkumulationsbedingungen) schlägt sich nieder in der Mannigfaltigkeit der Organisation von Produktionsprozessen in einzelnen Betrieben (Form und Ausmaß der Arbeitsteilung, Verhältnis von Kapital- und Arbeitsintensität, Standorte, Formen von Hierarchie und Kooperation, "Binnenrationalität" etc.). Der Betrieb bzw. betriebliche Produktionsprozeß ist sowohl private Mehrwertquelle des Einzelkapitals wie - für die Gesellschaft - Bedingung dafür, daß - mit den durch die Mehrwertproduktion sich ergebenden Einschränkungen - diejenigen Produkte produziert werden, die gegebene Reproduktionserfordernisse erfüllen und zwar unter dem Druck, nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aufzuwenden (d.h. auch, entsprechende Ressourcen, technisch-wissenschaftliches Know-How etc. einzusetzen).

In der Perspektive des Einzelkapitals sichert der Betrieb in der Verwertung primär die "normale Sicherheit des Resultats".¹⁾ Die abstrakten Verwertungsprinzipien und ihre Unbestimmtheit müssen sich in konkreten, bestimmten Produktionszwecken identifizieren lassen. Diese müssen sowohl übereinstimmen mit gesellschaftlichen Stabilisierungsbedürfnissen wie mit den Bedingungen der Sicherung der Autonomie des Einzelkapitals. Die Bestimmung einzelbetrieblicher Produktionszwecke und die entsprechende technisch-organisatorische Ausstattung von Produktionsprozessen müssen dabei in der Analyse als objektivgerichtete Strategie des Einzelkapitals transparent gemacht werden.

Im Einzelbetrieb sind materiell diejenigen Strategien des Einzelkapitals objektiviert, die sich auf die Gestaltung konkreter Produktionsprozesse durch Technologie, Organisation und den Einsatz von Arbeitskraft beziehen.

Das Problem der Sicherung der Autonomie des Einzelkapitals stellt sich in der betrieblichen Organisation von Produktionsprozessen als Bewältigung konkret gegebener Kontingenzen dar.

1) Kapital, Bd. I, S. 499.

Z.B. Absplitterung von Produktionsprozeß-Teilen, die eine unterschiedliche Gestaltung des Modernisierungsgrades in Teilprozessen ermöglichen und damit einen differentiellen Einsatz verfügbarer bzw. knapper Arbeitskraft; Gestaltung von Produktsortiment und Situation auf dem Absatzmarkt in der Perspektive, von Nachfragevariationen unabhängiger zu werden und dadurch ein Durchschlagen dieser auf den Produktionsprozeß zu verringern und damit auch Anforderungen an knappe, elastisch einsetzbare Arbeitskräfte abzubauen, u.ä.

Die Sicherung privaten Profits auf dieser Ebene betrieblicher Produktion wird dadurch erreicht, daß in der Gestaltung einzelbetrieblicher Produktionsprozesse durch den Einsatz der beiden elastischen Potenzen, Technologie und Organisation sowie Arbeitskraft, die Differenz gesichert wird zwischen historisch gegebenen, aus der Vergangenheit übernommenen und nach Möglichkeit in die Zukunft fortzuschreibenden Werte der Arbeitskraft und der Produktionsmittel auf der einen Seite und den "prozessierenden Werten" im Produktionsprozeß auf der anderen Seite:

Durch die spezifische Kombination von Arbeitskraft und Produktionsmittel soll erreicht werden, daß nur geringe Wertanteile des Produktionsmittels auf das Produkt übertragen werden bzw. daß der Anteil notwendiger Arbeit im Verhältnis zur gesamten verausgabten Arbeit möglichst gering ist. Das bedeutet, daß die prozessierenden Werte von Produktionsprozeß zu Produktionsprozeß variieren und daß sie von den jeweiligen Marktwerten von Arbeitskraft und Produktionsmitteln unterschiedlich abweichen. Im betrieblichen Produktionsprozeß wird die vorausgesetzte Trennung zwischen Kapital und Arbeit, der Isolierung der Produktionsmittel in einzelne Warenwerte negiert und in einem produktiven Gesamtmechanismus aufgehoben.

Die kontingente Beziehung zwischen dem Einzelkapital und den gesellschaftlichen Voraussetzungen seiner Verwertung stellt sich im einzelnen Betrieb als Notwendigkeit dar, mit dieser gerade beschriebenen Abweichung fertig zu werden, zugleich als Möglichkeit, sie zum Handlungsobjekt zu machen und sie durch die Organisation betrieblicher Produktionsprozesse und des Arbeitseinsatzes zu bewältigen.

Der Betrieb ist die Kontrollinstanz der faktischen Realisierbarkeit von technisch-organisatorischen Innovationen, die mit Verwertungs- und Realisierungsbedingungen sowie mit der gegebenen und entsprechend veränderbaren qualitativ-quantitativen Struktur der eingesetzten Arbeitskräfte vereinbar sind oder nicht. Im Betrieb werden die verschiedenen Dimensionen des Arbeitskräfteeinsatzes, nämlich die Verfügung über Arbeitskraft, ihre Nutzung im Produktionsprozeß und ihre Integration in das betriebliche Herrschaftssystem koordiniert, was einen ständigen Prozeß der Veränderung und Anpassung in der Koordination selbst erfordert.

Der (im Abschnitt III.2.) angeführte Begriff der "Strategie" schlägt sich auf dieser Ebene des Betriebes nieder als betriebliches Handeln. Dieses umgreift sowohl das subjektiv (von betrieblichen Entscheidungsträgern) intendierte, bewußte Handeln (= "Aktivitäten") wie auch - in bezug auf einen bestimmten Problemzusammenhang, z.B. den Arbeitskräfteeinsatz - das objektiv-bestimmte Handeln, d.h. die Gesamtheit der Bedingungen, die dieses objektive Handeln beeinflussen oder sein Objekt darstellen.

Jede Weiterarbeit auf der historisch-konkreten Ebene erfordert zunächst die Entwicklung eines analytischen Instrumentariums, mit dem vor allem der Begriff der Strategie handhabbar gemacht werden kann. Dies wird Gegenstand weiterer Arbeiten sein.

Literaturverzeichnis

- Altmann, N.
Bechtle, G. Betriebliche Herrschaftsstruktur
und industrielle Gesellschaft,
München 1971
- Baldamus, W. Der gerechte Lohn, Berlin 1960
- Böhle, F.,
Altmann, N. Industrielle Arbeit und soziale
Sicherheit, Frankfurt/Main 1973
- Godelier, M. Rationalität und Irrationalität
in der Ökonomie, Frankfurt/Main 1972
- Habermas, J.,
Luhmann, N. Theorie der Gesellschaft oder Sozial-
technologie, Frankfurt/Main 1971
- Habermas, J. Legitimationsprobleme des Spätkapi-
talismus, Frankfurt/Main 1973
- Hörz, H. Der dialektische Determinismus in
Natur und Gesellschaft, Berlin 1969
- Hülst, D.,
Tjaden, K.H.,
Tjaden-Steinhauer, M. Methodenfragen der Gesellschafts-
analyse, Frankfurt/Main 1973
- Luhmann, N. Selbstthematisierung des Gesellschafts-
systems, in: Zeitschrift für Soziolo-
gie, Jg. 2, Heft 1, Januar 1973
- Lutz, B. Modelluntersuchung eines regionalen
Arbeitsmarkts, RKW-Projekt A 44,
hektographierter Bericht, ISF, München
1973
- Marx, K. Das Kapital, MEW 23, 24, 25
Berlin 1968
- derselbe Resultate des unmittelbaren Produktions-
prozesses, Frankfurt/Main 1969
- derselbe Grundrisse der Kritik der politischen
Ökonomie, Berlin 1953
- Offe, C. Leistungsprinzip und industrielle
Arbeit, Frankfurt/Main 1970
- Ranciere, J. Der Begriff der Kritik und die Kri-
tik der politischen Ökonomie, Berlin
1972
- Richta, R. und
Kollektiv Zivilisation am Scheideweg ("Richta-
report"), 2. Auflage, Prag 1968
- Roedel, U. Forschungsprioritäten und technolo-
gische Entwicklung, Frankfurt/Main
1972

- | | |
|--|---|
| Rosdolsky, R. | Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen Kapitals, 2 Bde., Frankfurt/Main 1968 |
| Sauer, D. | Sozioökonomische Bestimmungsgründe staatlichen Handelns, unveröffentlichtes Manuskript, ISF München, 1973 |
| Schultz-Wild, R.
Weltz, F. | Technischer Wandel und Industriebetrieb, Frankfurt/Main 1973 |
| Sohn-Rethel, A. | Die ökonomische Doppelnatur des Spätkapitalismus, Darmstadt-Neuwied 1972 |
| Soziologisches
Forschungsinstitut
Göttingen (SOFI) | Produktion und Qualifikation, Göttingen, 1973 |
| dass. | Zum Verhältnis von technischem Wandel und Sozialverfassung, Zwischenbericht für die DFG, Göttingen 1971 |
| Tsuru, S. (Hrsg.) | Has Capitalism changed? Tokio 1961 |
| Weltz, F.,
Schmidt, G.,
Sass, J. | Industriebetrieb und Facharbeiter (Arbeitstitel), Frankfurt/Main 1974 |

